

Wohne Lust auf Veränderung: DIE LINKE.

Nach der Bundestagswahl

- Neuwahlen 2018? *Seite 2*
- DIE LINKE-Bundestagsfraktion *Seite 3*
- Landesgruppe Brandenburg der LINKEN *Seite 4*

100 Jahre Oktoberrevolution

100 OKTOBER 1917/2017

- „Und das war im Oktober, ...“ *Seite 10*
- Woltersdorfer Obelisk auf sowjetischen Ehrenfriedhof gereinigt *S. 12*

Fürstenwalde

- Für Mehrheiten kämpfen – für Fürstenwalde vieles und gutes schaffen *Seite 18*
- Mit H.-U. Hengst Fürstenwalde gestalten *Seite 20*

Prominenter Aufruf aus der Gesellschaft:

Abrüsten statt Aufrüsten!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen,



Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde



**BOMBEN
GESCHÄFTE
VERBIETEN!**

Deutsche Waffenschmiedern verdienen weltweit am Geschäft mit dem Tod. Und die Regierung fördert das. Schluss damit! www.die-linke.de

DIE LINKE.

Ein außergewöhnlicher, der Not gehorchender Aufruf wurde am 6. November 2017 veröffentlicht: vier Gewerkschaftsvorsitzende, neben einem Nobelpreisträger, führende Vertreterinnen und Vertreter der Friedens- und Umweltbewegung, neben bekannten Künstlerinnen und Künstlern, kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlerinnen, sowie Engagierte aus den Bewegungen für Nachhaltigkeit und eine gerechte Welt wenden sich an die Öffentlichkeit mit dem Appell „abrüsten statt aufrüsten“. Die Unterzeichnenden fordern von der (neuen) Bundesregierung:

„Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.“

Es ist ein gesellschaftlicher Appell der Warnung vor weiterer Aufrüstung

und der unüberhörbaren Forderung nach Abrüstung zur Lösung der großen Herausforderungen.

Abrüsten ist der Ernstfall. Jetzt damit anfangen. Und zwar hier bei uns.

Denn der deutschen Rolle in der internationalen Politik kommt erhebliche Bedeutung zu. Unser Land braucht eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf ein friedliches Zusammenleben der Völker abzielt. Ein Weiterso mit Aufrüstung, Kriegsdrohungen und Krieg verbietet sich.

Die Menschen in unserem Land wollen Frieden. Die Politik muss diesem Willen Rechnung tragen. Die jüngsten Wahlergebnisse mahnen.

Mitmachen! Weitere Informationen und Listen zum Sammeln auf der Internetseite

www.abruesten.jetzt

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Neuwahlen 2018?

Wie und Wann – zwei Beispiele



von **Thomas Nord**, Mitglied des Bundestages, Landesliste Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
• Telefon: (0 30) 227-72675
• Telefax: (0 30) 227-76675
• E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
• Internet: https://thomas-nord.de/

Das Wahlergebnis vom 24. September hat ein sechs-Fraktionen-Parlament gebracht. Der Selbstausschluss der SPD aus der Regierungsbildung noch am Wahlabend hat zunächst nur die Sondierungen zwischen CDU/CSU und FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugelassen. Der Beginn der Sondierungen lag am 16.

Oktober drei Wochen nach dem Wahltag im Bund.

Die Konstituierung des 19. Bundestages wurde 30 Tage später, am 24. Oktober durchgeführt. Die Große Koalition ist nicht abgewählt. Sie ist mit der Konstituierung des 19. Bundestages regulär aus dem Amt geschieden, führt aber die laufenden Geschäfte. Dies kann sie, weil CDU, CSU und SPD eine parlamentarische Mehrheit haben, die den Anträgen der geschäftsführenden Regierung, z. B. über die Verlängerung von Bundeswehreinräten, zustimmt.

Der Bundespräsident bat die Kanzlerin, nach ihrem Amtsende die Geschäfte der Regierung bis zur Neuwahl eines Kanzlers oder einer Kanzlerin weiter zu führen. Am 19. November wurden die Sondierungen durch Christian Lindner

für die FDP abgebrochen. Seitdem läuft das „Blame-Game“, die Zuweisung der Schuldfrage zwischen den an den Sondierungen beteiligten Parteien. Die Forderung nach Neuwahlen wird erhoben.

Am 20. November hat die geschäftsführende Kanzlerin den Präsidenten von ihrem Scheitern berichtet und ihr weiteres politisches Schicksal in seine Hände gelegt. Die SPD hat ihre Weigerung, in Sondierungsgesprächen einzutreten, bislang aufrechterhalten. Der Präsident, selbst SPD-Mitglied, hat an alle Parteien appelliert, zu ihrer Verantwortung zu stehen. Dies kann auch als ein Verweis an seinen Parteivorsitzenden gelesen werden, der sich vom 7. bis 9. Dezember auf einem Parteitag erneut zur Wahl stellen will. Merkel hat Anfang Oktober einen Sonderparteitag zur Wahlauswertung zugesagt, er ist aber noch nicht terminiert.

Weil die Kanzlerin nicht mehr im Amt ist, kann sie keine Vertrauensfrage stellen (wie Kohl 1983 und Schröder 2005) und deshalb kann das Parlament kein konstruktives Misstrauensvotum herbeiführen (wie Barzel gegen Brandt 1972 und Kohl gegen Schmidt 1982), mit dem ein anderer Kandidat, eine Kandidatin die notwendige Mehrheit gegen den amtierenden Kanzler bekommen könnte. Die Initiative liegt derzeit nach Artikel 63 Grundgesetz beim Bundespräsidenten.

Um zu einem Vorschlag zu kommen, führt der Präsident nun Gespräche mit den Präsidenten von Bundestag und -rat, Verfassungsgericht und den Vorsitzenden der Parteien, um die Chancen für eine Regierungsbildung ohne Neuwahlen abzuklopfen. Union und SPD oder eine Minderheitenregierung sind weitere Optionen. Am Ende läuft es auf zwei Fragen hinaus, die konkret beantwortet werden müssen.

Wie kommt die Republik zu einer neuen Regierung? Wann könnte das sein?

Die Wahl des Kanzlers, der Kanzlerin ist ein drei-

stufiges Verfahren. Bislang wurden alle Wahlen seit 1949 in der ersten Phase abgeschlossen. In dieser liegt die politische Initiative beim Bundespräsidenten. Er ist nach Verfassung verpflichtet, dem Bundestag einen Vorschlag zu unterbreiten. Ihm ist dafür jedoch keine formale Frist gesetzt, er muss politisch-praktisches Augenmaß beweisen. Wird hier mit der erforderlichen absoluten Mehrheit (355 Stimmen) gewählt, kommt es zur Ernennung durch den Präsidenten und zur Vereidigung. Die Minister*innen werden nicht gewählt, sondern ernannt.

Geht es ohne Mehrheit aus, geht in der zweiten Phase das Vorschlagsrecht auf den Bundestag über. Innerhalb von vierzehn Tagen kann er eine Kanzlerin oder einen Kanzler auf Vorschlag aus den eigenen Reihen (25 Prozent Quorum) wählen. Kann eine Kandidatin, ein Kandidat die absolute Mehrheit auf sich vereinen, muss der Präsident vereidigen. Gibt es auch hier kein Ergebnis, kommt die dritte Phase zum Tragen, bei der die relative Mehrheit reicht.

Erreicht die Kandidatin die absolute Mehrheit, muss der Präsident sie zur Kanzlerin ernennen. Wird nur die relative Mehrheit erreicht, kann der Präsident ernennen. (Die Kanzlerin einer Minderheitenregierung hätte die gleichen Rechte wie die einer Mehrheitsregierung.) Der Präsident muss aber binnen sieben Tagen prüfen, ob die Voraussetzungen für eine stabile Wahlperiode gegeben sind. Sind diese aus seiner Sicht nicht gegeben, kann er den Bundestag auflösen und einen Neuwahltermin festsetzen. Der darf nicht mehr als 60 Tage nach der Auflösung liegen und muss auf einen Sonn- oder Feiertag fallen.

Die nicht kalkulierbare Frist ist der Ermessenszeitraum des Präsidenten bis zum Vorschlag. Hat er dem Bundestag vorgeschlagen, ist der Zeitraum fest. Erste Wahlphase: Zweite Wahlphase 14 Tage, dritte Wahlphase, 7 Tage Prüfrecht, Auflösung des Bundestages mit 60 Tages-Frist. Wenn der Präsident vorgeschlagen hat und der Bundestag den ersten Wahlgang durchgeführt hat, sind es maximal 81 Tage bis zum Neuwahltermin.

Zucker-Kasten



Die letzte vorzeitige Auflösung des Bundestages war 2005. Am 22. Mai fand die NRW-Wahl statt. Am 1. Juli scheiterte Gerhard Schröder an der Vertrauensfrage. Am 18. September war der Wahltermin. Verkürzte Frist für die Einreichung der Listen war damals am 34. Tag vor der Wahl. Der Zeitraum von der Verkündung bis zur Realisierung betrug knapp vier Monate. Kürzer war es bei Helmut Kohl, er stellte die Vertrauensfrage am 13. Dezember 1982. Abgestimmt wurde am 17. Neuwahltermin war der 6. März 1983.

Zwei Rechenbeispiele

Am 19. November sind die Sondierungen zur „Schwampel“ gescheitert durch die Absage der FDP. Vom 11. bis 13. Dezember 2017 sind die nächsten festgelegten Ple-

numstage. Vom 15. bis 19. Januar 2018 sind die ersten Plenumstage im Januar. Im Fallbeispiel eins, Steinmeier schlägt im Dezember vor, könnte der Wahlgang am 13. Dezember durchgeführt werden. Dann wäre im Rahmen der 81 Tage-Frist der 4. März 2018 der letzte Sonntag dieser Frist. Legt Steinmeier in Variante Zwei in der Januar-Woche zum 18. Januar seinen Vorschlag vor, wäre der 8. April der letzte Sonntag innerhalb der 81-Tage-Frist, an dem die Wahl durchgeführt werden könnte.

Wiederum spätestens nach 30 Tagen müsste der 20. Bundestag zusammentreten. Dies entspräche in Variante Eins dem 3. April 2018; in der Variante Zwei dem 8. Mai. Die Konstituierung des Bundestages wäre aber lediglich der Auftakt für die Herstellung der Arbeitsfä-

higkeit des Parlaments, der Auftakt in neue Sondierungen und Vorbereitung von Koalitionsverhandlungen. Sie müssten in der Variante Zwei innerhalb von knapp zwei Monaten durchgeführt sein, wenn vor der Sommerpause 2018 im Juli, zehn Monate nach der Wahl zum 19. Bundestag eine neue Regierung ins Amt eingeführt sein soll. Allerdings ist dies schon zwei, drei Monate vor der Wahl des Landtags und der sieben Bezirkstage in Bayern. Auch in Hessen wird im Herbst ein neuer Landtag gewählt. Möglicher Weise können die Sondierungsgespräche für eine Koalitionsregierung aber aus Rücksicht darauf wie im Falle der Niedersachsen-Wahl auch erst danach beginnen.

Der Beitrag wurde am 22. 11. 2017 geschrieben.

Die neue Bundestagsfraktion der LINKEN stellt sich vor



Die Bundestagsfraktion DIE LINKE drückt ihren Protest gegen die Entlassungen beim Siemens-Konzern am 20. November 2017 auf einem Gruppenfoto vor dem Clara-Zetkin-Saal im Bundestag aus. Foto: Frank Schwarz, DIE LINKE im Bundestag

69 Abgeordnete umfasst die Linksfraktion im 19. Deutschen Bundestag. Das sind fünf Mandate mehr im Vergleich zur letzten Legislatur. Zogen 2013 noch 36 Frauen und 28 Männer, davon jeweils zur Hälfte aus den „neuen“ und „alten“ Bundesländern in das Parlament ein, sind es nunmehr eine Frau und vier Männer mehr, damit mehrheitlich nach wie vor Frauen. Im Fraktionsvergleich haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier aber wieder leicht die Nase vorn. Durch gewonnene Wählerstimmen im „Westen“ und zum Teil herbe Verluste im

„Osten“ hat mit 43 zu 26 auch eine regionale Verschiebung der Mandate stattgefunden.

An der Fraktions Spitze gibt es keine Überraschungen. Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch wurden bei der Klausurtagung am 17. Oktober mit rund 75 Prozent bzw. 80 Prozent in ihren Ämtern bestätigt.

Einen thematischen Neuzuschnitt hat es hingegen bei den sechs Arbeitskreisen (AK) der Fraktion gegeben, das auch durch das Ausscheiden einzelner Leiter begründet ist:

- AK I – Arbeit und Soziales, Leiterin: Sabine Zimmermann,
- AK II – Wirtschaft und Finanzen, Leiter: Klaus Ernst,
- AK III: Infrastruktur/Haushalt, Leiterin: Dr. Gesine Löttsch,
- AK IV: Bildung, Wissen und Kultur, Leiterin: Dr. Petra Sitte,
- AK V: Innenpolitik, Leiter: Dr. André Hahn,
- AK VI: Außenpolitik, Leiterin: Heike Hänsel.

Inhaltlich wird sich die Fraktion in der neuen Legislatur wieder konsequent für soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden einsetzen.

von **Frithjof Bastian**, Wahlkreismitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Thomas Nord

von
Frithjof Bastian,
Fürstenwalde

Die Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE im Bundestag heute



Die Landesgruppe Brandenburg: Norbert Müller, Dr. Kirsten Tackmann, Anke Domscheit-Berg und Thomas Nord (v.l.n.r.)
Foto: Frank Schwarz, DIE LINKE im Bundestag

Die neue Landesgruppe besteht im Vergleich zur letzten Legislatur aus vier Abgeordneten. Während Birgit Wöllert bereits im vergangenen Jahr ankündigte, nicht erneut für den Bundestag kandidieren zu wollen, verpasste Harald Petzold auf Listenplatz 6 hingegen den erneuten Einzug in den Bundestag. Die drei anderen bisherigen Mitglieder – Dr. Kirsten Tackmann, Norbert Müller und Thomas Nord – zogen erneut über die Landesliste ein.

Neu hinzugekommen ist nun Anke Domscheit-Berg. Die Netzaktivistin und Bloggerin, die bereits kurz Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen und in der Piratenpartei politisch aktiv gewesen ist, dürfte von den vier Abgeordneten vermutlich die bekannteste Persönlichkeit

sein. 1968 in Premnitz geboren und in Müncheberg aufgewachsen, war sie nach ihrem Studium der internationalen Betriebswirtschaft auch als Unternehmensberaterin tätig. Zusätzliche Bekanntheit erlangte sie, als sie im Jahre 2010 Daniel Berg, einen ehemaliger Sprecher von WikiLeaks und Gründer von OpenLeaks, heiratete. Heute ist sie in Fürstenberg/Havel zuhause.

Ein Abgeordneter weniger aus Brandenburg bedeutet zugleich, dass auch ein Neuzuschnitt der Betreuungswahlkreise – das sind die Wahlkreise, aus denen kein/e Kandidat/in der LINKEN den Sprung in den Bundestag geschafft hat – erfolgen muss. Über dessen Ausgestaltung wird sich die Landesgruppe verständigen.

Geschäftsführender Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt stimmt der Verlängerung Glyphosat-Wiederzulassung in der EU zu

So isser eben

Am 27. November 2017 hat sich der geschäftsführende – das heißt, bereits abgewählte – Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) ein Denkmal gesetzt:

- Er hat dafür gesorgt,
- dass wir weitere fünf Jahre mit Glyphosat verunreinigte Lebensmittel kaufen können,
- dass weitere fünf Jahre Insekten sterben, weil Beikräuter, die ihre Nahrungsgrundlage bilden, vernichtet werden,
- dass damit auch das Nahrungsangebot für Vögel und Fledermäuse zurückgeht usw.

Zeichnung:
Klaus Struttmann



Doch Schmidt meint, sachgerecht zu entscheiden (siehe ARD-Mediathek: <http://www.ardmediathek.de/tv/Tagesschau/tagesschau-20-00-Uhr/Das-Erste/Video?bcastId=4326&documentId=47915294> – 3:30 Min ab Start). Offenbar ist seine Sachkenntnis (vorsichtig formuliert) eingeschränkt.

Dr. Kirsten Tackmann (MdB), Sprecherin für Agrarpolitik der Fraktion DIE LINKE, stellte klar:

„Die vollmundige Behauptung des geschäftsführenden Landwirtschaftsministers Schmidt, die Biodiversitätsklausel und ein geändertes Genehmigungsverfahren bei der Wiederzulassung von Glyphosat reinverhandelt zu haben, ist überhaupt nicht erkennbar. Im Gegenteil, die uns vorliegenden Dokumente aus dem EU-Vermittlungsausschuss zeigen, dass in den Verhandlungen der kleinste gemeinsame Nenner – und der ist wirklich sehr klein – gesucht und gefunden wurde. Es geht um rein freiwillige Maßnahmen beim Schutz von Menschen, Landwirbeltieren und Nichtzielpflanzen. Mussbestimmungen gibt es nicht, Insekten als hauptsächliche Opfer der glyphosat-haltigen Herbizide kommen überhaupt

nicht vor. Der Beschluss ist ein einziges Trauerspiel. Der Katalog der Nebenabreden zeigt die Risiken, die mit Glyphosat verbunden sind: Deutschland hätte der erneuten Zulassung niemals zustimmen dürfen – sie ist unvereinbar mit dem Vorsorgeprinzip. Deutschland hat sich über den Tisch ziehen lassen und seine Zustimmung zur Wiederzulassung viel zu billig verkauft.

Die geschäftsführende Bundesregierung ist nun in der Pflicht, nationale Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Einsatz von Glyphosat auf das absolute Minimum reduzieren und tatsächlich die biologische Vielfalt verpflichtend erhalten. Dazu gehören ein Verbot von privatem Gebrauch, Verbot des Einsatzes bei der Vorerntebehandlung, Verbote von Online-Handel und -werbung und das Verbot des Einsatzes auf Flächen des Gemeinguts. Das ist das Mindeste, was nach diesem demokratischen Fehltritt von einer Regierung zu erwarten ist.“

Wie war das also mit der Sachkenntnis des Ministers?

Quelle:
Ökologische Plattform bei der LINKEN (<http://www.oekologische-plattform.de/2017/11/so-isser-eben/>)

70 von 100 der Inhaftierten gehören nicht ins Gefängnis

Interview mit Dr. Volkmar Schöneburg

In der Gefangenenzeitschrift *DISKUS* 70 der Justizvollzugsanstalt Bremen ist kürzlich ein Interview mit dem ehemaligen Justizminister des Landes Brandenburg, Volkmar Schöneburg, erschienen.

Der *Widerspruch* dokumentiert einen Auszug aus dem Interview. Darin verweist Schöneburg auf das Buch „Das Knast-Dilemma“ von Bernd Maelicke, nach dem „bereits jetzt 70 Prozent der Inhaftierten nicht ins Gefängnis gehören. Es sind oft Täter aus der Unterschicht mit leichter und mittelschwerer Eigentums- und Vermögenskriminalität, für die das Gefängnis, weil unwirksam, zum ‚Drehtürvollzug‘ wird. Für viele von ihnen wäre ein frühzeitiger Täter-Opfer-Ausgleich bedeutend sinnvoller gewesen als eine Freiheitsstrafe.“

Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe

DISKUS: Unter dem Titel „Strafvollzug und Resozialisierung – ein Paradoxon?! Konferenz der Fraktion DIE LINKE“ haben Sie im Frühjahr zu einer kritischen Bewertung des Strafvollzuges eingeladen. Ein Thema dieser Konferenz war die Ersatzfreiheitsstrafen. Bedarf es einer Reform der „Geldstrafe“?

Schöneburg: Nach meiner Auffassung ist die Ersatzfreiheitsstrafe abzuschaffen. Sie ist unsozial, ungerecht und kontraproduktiv. Die Betroffenen, die etwa zehn Prozent der Gefangenen ausmachen, sind meist arbeits- und mittellose Menschen, die nicht selten alkohol- und drogenabhängig sind oder über keinen festen Wohnsitz verfügen. Viele zeichnet eine fehlende Handlungskompetenz aus. Die ihnen zur Last gelegten strafbaren Handlungen zählen vor allem zur Armutskriminalität im Bagatellbereich. Die Verurteilten sind oft nicht zahlungsunwillig, sondern zahlungsunfähig. Die fehlende Tatschwere schließt bei ihnen ja gerade das Gefängnis, in dem sie nur funktionslos verwahrt werden, aus. Bei denjenigen, die lediglich zahlungsunwillig sind, müssten die Geldstrafen ausschließlich mit zivilrechtlichen Mitteln eingetrieben werden. Bei erwiesener Zahlungsunfähigkeit sollten hingegen die sozialen Probleme bearbeitet werden.

Konfliktlösungen ohne Wegsperrern sind nötig und möglich

DISKUS: Das Strafsystem hat im Hinblick auf wirkliche Reformen etwas Unantastbares an sich. Dies gilt

besonders für die Menschen, die darin leben. Wahrscheinlich auch für jene, die darin oder daran arbeiten, wenn auch aus anderen Gründen. Glauben Sie, dass Politik und Gesellschaft jemals einen vernünftigen, menschlichen und wissensbasierten Umgang mit Strafe erlernen können?

Schöneburg: Ich bin da durchaus optimistisch. Nimmt man eine historische Perspektive ein, ist das jetzige Strafsystem gar nicht so in Stein gemeißelt. Im Mittelalter hatten wir den Inquisitionsprozess und die fürchterlichen, sadistischen Leibesstrafen. Die Gefängnisstrafe setzt sich erst im 18. Jahrhundert durch. Lassen wir den Blick zurück in die vorstaatlichen Gesellschaften schweifen, so finden wir dort ein Konfliktlösungsmodell, das auf Verhandlung der am Konflikt Beteiligten und auf Schlichtung angelegt ist. Warum soll nicht die bei uns erfolgte Enteignung der Konfliktparteien wenigstens teilweise rückgängig gemacht werden? Die überwiegende Zahl von Konflikten kann dort gelöst werden, wo sie entstehen, im und durch das soziale Umfeld von Schädiger und Geschädigtem, orientiert an Wiedergutmachung und Entschuldigung. Das wäre allemal auch präventiv wirksamer als das Wegsperrern.



Dr. Volkmar Schöneburg, Mitglied des Landtages Brandenburg,

- **Internet:** <http://volkmarschoeneburg.de/>
- **Facebook:** www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
- **Wahlkreisbüro** Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Telefon: (03361) 3698981
- **Mitarbeiterinnen** Romy Neupert Handy: (0152) 29081064 Franziska Schneider Handy: (01520) 3709695

Zum ganzen Interview: http://volkmarschoeneburg.de/wp-content/uploads/2017/09/2017_DISKUS-70_JVA-Bremen.pdf

MEINUNG

US-Panzer rollen häufiger nach Polen ...

... so war am 22. November ein fast halbseitiger Artikel in der *Märkischen Oderzeitung* überschrieben.

Danach räumte der zuständige Sprecher der Bundeswehr ein, dass es in Deutschland „20 bis 25 Jahre lang so gut wie keine großen Truppenbewegungen auf Autobahnen und Schienen gab“.

„Man“ müsse sich „deshalb an den Anblick erst wieder gewöhnen“. Darüber denkt dann auch die US-Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach.

Schließlich ginge es doch darum, „die Russen“ abzuschrecken. **Nein! Es geht nicht um „Abschreckung“, es geht um Kriegsvorbereitung. So werden Kriege gemacht!**

„Die Deutschen“ sollen alle Skrupel fallen lassen, wenn es darum geht „deutsche“ Interessen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Schließlich trat am Tage zuvor der Deutsche Bundestag zusammen, um sogenannte „Auslandseinsätze“ deutscher Soldaten zu legitimieren. Das immerhin funktioniert in der Bundesrepublik Deutschland auch ohne formale Regierungskoalition. Die entsprechende Mehrheit reicht von tief-schwarz über gelb und grün bis zu blassrosa.

Und am 26. September 2017 war es der *MOZ* immerhin den Aufmacher auf der Titelseite wert, als die Bürgermeisterin und der Stadtverordnetenvorsteher

von Storkow „ihren“ Soldaten zur Erbauung in Gegenden der Welt, in denen sie nichts zu suchen haben, ein Ortsschild ihrer Stadt mitgaben.

Nicht mit uns! Nicht in unserem Namen! Und was „die Russen“ betrifft: Ich habe erst am 8. November in Sankt Petersburg vor dem Massengrab mit der Jahreszahl „1942“ gestanden. Darauf lag statt Blumen ein Kanten Brot. Die Mehrzahl der allein auf diesem Friedhof bestatteten fast 500 000 Menschen war in jenem Jahr verhungert. Ein Werk deutscher Soldaten! Zwischen Moskau, Leningrad und Berlin ließen 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger



der Sowjetunion ihr Leben. Und, beim Abzug der sowjetischen Truppen fiel kein Schuss.

Nehmen wir uns die Worte von Brecht zu Herzen: „Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Dr. Artur Pech, Schöneiche

Angst vor Veränderungen

Brandenburgs Linksparteichef Christian Görke zur abgesagten Kreisgebietsreform



Christian Görke ist von Beruf Lehrer für Geschichte und Sport, seit Januar 2014 brandenburgischer Finanzminister und zugleich Landesvorsitzender der Linkspartei. Über die abgesagte Kreisgebietsreform und die politischen Projekte bis zur nächsten Landtagswahl 2019 sprach mit ihm nd-Redakteur Andreas Fritsche.

Christian Görke auf dem Landesparteitag am 15. März 2017 in Potsdam
Foto: DIE LINKE Brandenburg

Herr Görke, schon etwas länger, aber auch in der ganzen Zeit, in der Sie Landesvorsitzender sind, musste DIE LINKE in Brandenburg eine Wahlniederlage nach der anderen einstecken. Zweifeln Sie manchmal an sich selbst?

Wenn ein Politiker aufhört, sein Handeln auch zu hinterfragen, sollte er abtreten. Zweifeln hilft da nicht wirklich weiter. Aber schauen Sie sich mal die Wahlergebnisse und Umfragen für Ostdeutschland an: Da werden Sie schnell erkennen, dass sich diese überall auf einem ähnlichen Niveau eingependelt haben, insofern ist Brandenburg kein Spezialfall. Aber zum Glück sind wir in Brandenburg ein großer, konstruktiver und stabiler Landesverband, mit dem auch in Zukunft zu rechnen ist.

Angesichts der Tatsache, dass die SPD in den Meinungsumfragen bis auf 23 Prozent abstürzte und DIE LINKE nicht über 18 Prozent hinauskommt, die rot-rote Koalition also keine Mehrheit mehr hat: Wo sehen Sie sich in drei Jahren?

Aus den letzten Umfragen geht hervor, dass wir als LINKE stabil und mit einer positiven Tendenz bewertet werden und dass uns mehr und mehr junge Menschen wählen. Das macht uns Mut und darauf können wir aufbauen. Meinungsumfragen sind zwar immer nur Momentaufnahmen, aber sie motivieren uns auch, unsere politischen Angebote zu schärfen. Es ist jedenfalls keine Übertreibung, wenn ich

sage, dass wir für Brandenburg sehr viel erreicht haben.

Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass dies auch landauf, landab spürbar wird. Wir haben dafür gesorgt, dass über 2200 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher für Brandenburgs Kitas eingestellt worden sind, hinzu kommen 4000 neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen, und wir haben in der Koalition fest verabredet, 2018 mit der Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten zu beginnen. Ich möchte, dass jedes Kind eine Kita besuchen kann, das darf keine Frage mehr an die Eltern sein, ob sie sich das leisten können oder nicht. In drei Jahren, um bei Ihrer Frage zu bleiben, möchte ich, dass Brandenburg unter anderem als attraktives Bildungsland wahrgenommen wird, das gerade für Familien mit Kindern lebenswerter geworden ist.

Möchten Sie den LINKE-Landesverband noch bis zur Landtagswahl 2019 und darüber hinaus führen? Eine reizvolle Aussicht, doch darüber entscheiden wir in der Partei gemeinsam, wenn es soweit ist.

Die Satzung ermöglicht, ab 2018 eine Doppelspitze zu wählen. Wird es diese Doppelspitze geben? Davon bin ich überzeugt.

Aus der Linksfraktion hatte intern und unter der Hand nur ein Abgeordneter seine Ablehnung der geplanten, nun aber abgesagten Kreisgebietsreform angekündigt. An der Linksfraktion ist die Reform offenbar nicht gescheitert. Woran ist sie gescheitert?

An vielen kleinen Dingen, die zusammengenommen zu viele wurden. Handwerk, auch zum Teil Arroganz und wenig Sensibilität, aber vor allem auch daran, dass Populismus, insbesondere von Seiten der hiesigen CDU, die Menschen verunsicherte. Und zur Wahrheit gehört auch, dass sich in Brandenburg trotzdem nicht alles einzig und allein um die Kreisreform drehte. Den Menschen brennen ganz andere Fragen, andere Sorgen, auf den Nägeln – bezahlbares Wohnen, flächendeckender Nahverkehr, die Arztpraxen vor Ort und so weiter. Für diese Themen hat

sich DIE LINKE immer engagiert und das wird auch weiter im Fokus bleiben. Der Landesvorstand hat sich dazu auf seiner letzten Klausur nochmals deutlich positioniert und ein Konzept beschlossen, das wir nun gemeinsam mit der Landtagsfraktion und der Regierungsmannschaft umsetzen.

Die Brandenburger wünschen keine Kreisreform. Sie scheinen generell Angst vor Veränderungen zu haben. Wie will eine Partei wie DIE LINKE, die den Fortschritt will, Fortschritte ohne spürbare Veränderungen erreichen?

In dieser schnelllebigen Zeit rufen Veränderungen und erst Recht Reformen inzwischen immer öfter Verunsicherung und Verlustängste hervor. Dem kann man nur begegnen, wenn man mit den Menschen darüber redet, was erreicht werden soll, und man muss sagen, was sich konkret für sie und ihre Familien daraus ergibt. Das wurde bei unserer geplanten Kreisreform vernachlässigt und so konnten allerlei aberwitzige Schauer märchen, wie zum Beispiel, dass die Krankenhäuser geschlossen werden würden, ins Kraut schießen. Trotzdem waren und sind sich alle, vom Landtag bis hin zu den Kommunalverbänden, einig, dass es Veränderungen geben muss. Und diese stehen nach wie vor auf der Tagesordnung. Ich denke dabei an die Notwendigkeit der Entschuldung der Gemeinden, die Fortführung der Kulturförderung, die Verstärkung der Kooperation von Städten und Landkreisen, das Schnüren von kommunalen Demokratiepaketen, die mehr Teilhabe vor Ort ermöglichen, und so weiter. Daran arbeiten wir.

Auch für eine Bildungsreform (Stichwort: Gemeinschaftsschule) können sich die Brandenburger anscheinend nicht erwärmen. Muss das Projekt Gemeinschaftsschule deshalb auch zu den Akten gelegt werden?

Wir werden den Weg der Gemeinschaftsschule fortsetzen. Auch hier gab es Vorbehalte. Aber inzwischen verfährt unsere Idee vom längeren gemeinsamen Lernen. Dass diese Veränderung in der Bildungslandschaft längst nicht mehr nur abgelehnt wird, merke ich als

Finanzminister hautnah: Inzwischen gibt es einen regelrechten Run auf die Fördermittel für Investitionen in die Gemeinschaftsschule, Schulzentren entstehen, mehr und mehr Eltern mit ihren Kindern und auch die Schulträger empfinden die Gemeinschaftsschule als Bereicherung. Vielleicht ist die Ursache für diese Veränderung im Denken tatsächlich darin zu suchen, dass es keine Pflicht ist, eine Gemeinschaftsschule einzurichten, sondern ein Angebot, das man annehmen kann. Nun, das sind alles Themen, die nicht von heute auf morgen wirken, die aber weiterhin ganz oben auf unserem Tisch liegen.

Tut es Ihnen leid um das viele Geld, das für Veranstaltungen und Gutachten zur Vorbereitung der Kreisgebietsreform ausgegeben wurde, die nun aber ausfällt?

Ich bin froh darüber, dass diese Foren stattfanden. Immerhin haben sie ein gründliches Nachdenken über die zukünftige Verwaltung im Land in Gang gebracht.

Das müssen und können wir weiterhin nutzen. Sie waren zum Teil auch ein Lehrstück für Meinungsstreit, wie man ihn in Zukunft nicht weiterführen sollte: es geht nichts voran, wenn man Debatten benutzt, um den anderen Partner zu besiegen. Veränderungen können nur gelingen, wenn der Weg von vielen getragen wird. Das gilt übrigens nicht nur für Kreisgebietsreformen, das gilt für jede gesellschaftliche Debatte, auch zum Beispiel für Debatten in unserer Partei DIE LINKE.

Rund 400 Millionen Euro waren reingeplant für die Kreisgebiets- und Verwaltungsstrukturreform. Was soll nun mit diesen Mitteln geschehen?

Wir wollen die Mittel einsetzen, um damit schnell weitere Investitionen zu ermöglichen, insbesondere in den öffentlichen Nahverkehr, in die Schulinfrastruktur und den Ausbau der Breitbandabdeckung im Land. Dazu legen wir in Kürze einen Nachtragshaushalt vor. Wir wollen einen Teil des Geldes allerdings auch dafür verwenden, dass

insbesondere Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg (Havel) von ihren immensen Kassenkrediten runterkommen und Hilfe zur Selbsthilfe geben, damit die großen Städte Brandenburgs künftig mit den Landkreisen in ihrem Umfeld kooperieren können.

Die Reform hätte bis 2019 und auch danach noch viel Arbeit gemacht. Das fällt jetzt alles weg. Wird es nun langweilig? Was nimmt sich die rot-rote Koalition vor für die kommenden zwei Jahre bis zur Landtagswahl?

Wer denkt, dass wir zu wenig Arbeit haben, der irrt. Kita, Bildung, Pflege, die Lausitz nach der Kohle und, und, und. Wir arbeiten an einer Zukunft Brandenburgs, die sozial gerecht und demokratisch ist. An einem Brandenburg, in dem es sich zu leben lohnt, das welt-offen ist, in dem es Perspektiven gibt. Wir haben also – ob mit oder ohne Reform – alle Hände voll zu tun. Langeweile kommt nicht auf. Aber was aufkommt, ist die Freude daran, Dinge anzupacken und zu verändern.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1070732.linke-in-brandenburg-angst-vor-veraenderungen.html>

NACHRICHT

Nachtragshaushalt: Landesregierung bereitet Weg für weitere Zukunftsinvestitionen vor

Die Landesregierung hat im Oktober weitere Zukunftsinvestitionen unter anderem in die Verkehrsinfrastruktur, die Finanzierung eines beitragsfreien letzten Kita-Jahres, des weiteren Breitbandausbaus sowie der Ausstattung von Feuerwehren auf den Weg gebracht. Sie bestätigte das von Finanzminister Christian Görke vorgestellte und von Ministerpräsident Dietmar Woidke angeregte Vorhaben, insbesondere absehbare zusätzliche Steuereinnahmen in einen Nachtragshaushalt für 2018 fließen zu lassen. Minister Görke geht von einer Größenordnung von etwa 200 Millionen Euro aus.

Auf einer Pressekonferenz stellten Woidke und Görke die Pläne vor. Dabei sagte Woidke: „Wir wollen noch stärker in Brandenburgs Zukunft investieren. Ich bin glücklich, dass Brandenburg diese Schritte aufgrund früherer Konsolidierungspolitik jetzt in Angriff nehmen kann. Wir wollen nun auf die Schiene bringen, was in der Regierung und in den Regierungsfraktionen beraten

worden war. Unser Ziel ist, dass der gegenwärtige Aufschwung verstetigt wird und die positive Entwicklung noch stärker in allen Teilen des Landes ankommt. Dieser Nachtrag ist der Einstieg in künftige Investitionen. Die Entscheidung der Feuerwehren auf den Weg gebracht. Sie bestätigte das von Finanzminister Christian Görke vorgestellte und von Ministerpräsident Dietmar Woidke angeregte Vorhaben, insbesondere absehbare zusätzliche Steuereinnahmen in einen Nachtragshaushalt für 2018 fließen zu lassen. Minister Görke geht von einer Größenordnung von etwa 200 Millionen Euro aus.

Finanzminister Görke betonte, dass der Nachtragshaushalt primär aus Steuermehreinnahmen gespeist und nicht zulasten anderer Projekte finanziert werden wird. Görke auf der Pressekonferenz: „Der Nachtragshaushalt wird in erster Linie Maßnahmen dienen, die unmittelbar in Angriff genommen werden können – also in den Jahren 2018 und teilweise auch 2019 tatsächlich realisierbar sind. Unter diesem Aspekt werden wir in den kommenden Wochen die einzelnen Vorhaben, die bei meinen Ressortkollegen vorliegen, prüfen. Danach wird feststehen, welchen genauen Umfang der Nachtragshaushalt vor und nach dem Komma haben wird. Mir ist wichtig, dass wir mit bestimmten Zukunftsinvestitionen

nicht erst bis zur Aufstellung des Haushaltes für die Jahre 2019/2020 warten, sondern für sie schon heute den Weg frei machen.“ Es gehe um einen Dreiklang: Investitionen in Köpfe und Infrastruktur, Rücklagen für „schlechtere Zeiten“ und die Tilgung von Schulden.

So sollen zusätzliche Mittel in die Sanierung von Landesstraßen und Brücken investiert und den Kommunen Mittel zur Anschaffung von Bussen und Straßenbahnen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus soll mit dem Nachtragshaushalt 2018 auch der Einstieg in die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr schon von Spätsommer 2018 an ausfinanziert werden. Im Doppelhaushalt 2017/18 sind dafür erst 4,5 Millionen Euro für 2018 und Verpflichtungsermächtigungen für 2019 und 2020 mit jeweils 15 Millionen Euro eingestellt. Diese Beträge müssen erhöht werden. Weitere Themen des Nachtragshaushaltes 2018 sind die Aufstockung der Mittel für freie Schulen und der weitere Breitbandausbau im Land Brandenburg.

Görke plant, den Nachtrag in Kürze mit den Ressorts abzustimmen. Anfang Januar soll er vom Kabinett beschlossen und bis Ende Januar dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Görke: „Umso früher der Nachtragshaushalt beschlossen wird, desto früher können wir mit den wichtigen Investitionen starten.“

Hintergrund

Die Landesregierung hatte am 29. Juli 2016 dem Landtag den Entwurf des Doppelhaushaltes des Landes für die Jahre 2017/18 übermittelt. Nach den parlamentarischen Beratungen beschloss der Landtag in seiner Sitzung am 16. Dezember 2016 den Doppelhaushalt 2017/18 in Höhe von knapp 11,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Mehr dazu unter www.mdf.brandenburg.de → Presse → Presseservice.

Pressemitteilung, Ministerium für Finanzen,

Quelle: <http://www.mdf.brandenburg.de/sixcms/detail.php/835225>



von **Ralf Christoffers**,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Landtag Bran-
denburg

Blockaden überwinden, Politik wieder sichtbar machen

Zur Plenarsitzung des Landtags Brandenburg im November

Wie geht es weiter in Brandenburg, nachdem die Landesregierung die Gesetze zur Verwaltungsstrukturreform zurückgezogen hat? Antworten darauf zu geben – das war die wohl zentrale Erwartung an die Regierungserklärung von Ministerpräsident Woidke Mitte November im Landtag und an die parlamentarische Debatte dazu sowie einige mit dem Thema verbundene Beschlüsse.

Aus Sicht der LINKEN war klar: Für das Projekt Verwaltungsstrukturreform in der bislang vorgesehen Form haben wir keine breite Zustimmung im Land gefunden. Trotz eines mehrjährigen Diskussionsprozesses ist es nicht gelungen, insbesondere den Zusammenschluss von Landkreisen nachvollziehbar zu begründen. Was vorlag, fand vor allem bei den kommunalen Akteuren, den Akteuren der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung, keine aktive Mehrheit.

Die Landesregierung hat nun einen Acht-Punkte-Plan mit Handlungsoptionen an Stelle der zurückgezogenen Gesetze vorgelegt: Er reicht von Infrastrukturinvestitionen über die freiwillige kommunale Kooperation, von der Teilentscheidung der kreisfreien Städte bei engerer Kooperation mit den umliegenden Landkreisen bis zur weiteren Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Demokratie, kommunale Selbstbestimmung und Ehrenamt sollen gestärkt werden; im Zusammenhang mit den Re-

formvorhaben abgegebene Versprechen zur Stärkung von Kunst und Kultur behalten ihre Gültigkeit.

Die Gründe, die die Reform aus Sicht vieler im Land notwendig gemacht haben, bestehen dennoch weiter. Das wurde auch an der Vielzahl von Vorschlägen deutlich, die aus den Kreistagen gekommen sind. Der Weg jedoch, der eingeschlagen worden war, erwies sich als nicht weiter gangbar. Jetzt geht es darum, sicherzustellen, dass in geeigneter Art und Weise umgesetzt wird, was gemeinsam vereinbart werden kann.

Zudem: Die Verwaltungsstrukturreform, war nur einer der zentralen Handlungsstränge – neben der Erneuerung der Gemeinsamen Landesplanung für unsere Region, einem zukunftsfähigen Mobilitätskonzept, der Kommunalfinanzierung und eben der Modernisierung der Verwaltung auf allen Ebenen. Nichts davon ist von der Tagesordnung, nur weil wir auf eine Kreisneugliederung verzichten.

Wir werden ohne Vorbedingungen in die vom Ministerpräsidenten angekündigten Gespräche eintreten. Und wir erwarten das auch von unseren Gesprächspartnern.

In der Landtagsdebatte ging es aber nicht allein um die Absage der Verwaltungsstrukturreform in Gestalt der zurückgezogenen Gesetze und die Gründe dafür. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat deutlich gemacht, dass wir

neben der Verwaltungsstrukturreform, die in der Öffentlichkeit den Blick auf vieles verstellte hatte, immer auch die Entwicklung des Landes in aller Breite vor Augen hatten und haben. Brandenburg hat gute Voraussetzungen, auch in Zukunft weiter gut voranzukommen. Das ist wichtig, denn wir haben in der nächsten Zeit Strukturwandelprozesse vielfältiger Art zu bewältigen – oftmals kompakter und dynamischer, als noch vor einigen Jahren gedacht und vorhersehbar: von der Energiewende in der Lausitz bis zum Erhalt und dem Ausbau unserer industriellen Leistungskraft im Zuge der Digitalisierung, von der Modernisierung der Verwaltungen wie der Bildungseinrichtungen nicht nur mit neuen Geräten, sondern auch strukturell und inhaltlich.

Angesichts dessen sehen wir fünf strategische Linien für die verbleibende Zeit der Legislaturperiode:

- **Zukunftsgerichtete Politik** beginnt mit einem guten Leben für die Kinder heute – für alle Kinder. Wir ringen um eine Trendwende im Land: Nicht mehr, sondern weniger sozialer Stress und Kinderarmut!
- **Wir werden unseren sozial fundierten Modernisierungskurs** konsequent nicht nur weiterentwickeln, sondern forcieren – wirtschaftlich und technologisch, in Infrastruktur und Mobilität, in Bildung und Verwaltung.
- **Dazu gehört eine neue** Beteiligungspolitik, die Wege zur Abwägung öffnet, die Ausgleich ermöglicht – und zwar bevor Entscheidungen fallen.
- **Auf der Tagesordnung** bleibt der Aufbau einer modernen Verwaltung – und zwar sowohl wegen der demografischen und finanziellen Veränderungen im Land als auch wegen der technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen und Möglichkeiten.
- **Und schließlich** brauchen die Belange Ostdeutschlands wieder mehr politischen Nachdruck und mehr Entscheidungsfreude.

NACHRICHT

Monitoring soll Qualität von Kitas verbessern helfen

Brandenburger Bildungsministerium soll bis IV/2018 Konzept erarbeiten

Gute Bildung fängt schon im Kindergartenalter an. Doch wie ist es in Brandenburg um die pädagogische Qualität frühkindlicher Bildung in den Kitas bestellt? Das wollen die Fraktionen von SPD, DIE LINKE, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch ein „Qualitätsmonitoring für die frühkindliche Bildung“ untersuchen lassen. In einem gemeinsamen Antrag

vom 28. November 2017 wird das Bildungsministerium gebeten, hierzu bis zum Ende des vierten Quartals 2018 ein Konzept vorzulegen (Drucksache 6/7693).

Das Brandenburgische Kindertagesstättengesetz erlaubt solche Qualitätserhebungen. Derzeit wird davon aber kaum Gebrauch gemacht. Das Konzept soll Qualitätsentwicklung

begleiten sowie „ein unabhängiges und externes Qualitätsmonitoring beinhalten, das eine landesweite Erfassbarkeit grundlegender Merkmale ermöglicht und den Austausch zwischen den Trägern befördert“, heißt es in dem Antrag. Der Antrag soll noch im Dezember im Landtagsplenum behandelt werden.

Kreiselternbeirat für Kitas soll sich gründen!

Erste Beratung im Landkreis fand am 21. November in Fürstenwalde statt

Bestimmt wird mir keiner widersprechen, dass wir alles für unsere Kinder bzw. Enkelkinder unternehmen. Die Kinder sollen das Beste bekommen. Damit meine ich nicht nur die vielen Wünsche, die wir ihnen erfüllen, sondern auch die Versuche, ihnen alle Probleme und Hürden aus dem Weg zu räumen: Es soll die beste Kita sein, die beste Schule, der kürzeste Schulweg, ...

Wenn nicht alles wunschgerecht läuft, wird viel Energie freigesetzt, um das Beste heraus zu holen. Zu welchen Verwerfungen das führt, können wir in Fürstenwalde sehen: Eltern wollen ihre Kinder in eine „übertolle“ Schule einklagen ...

Rechtzeitige Kommunikation miteinander und Transparenz können in solchen Situationen im Vorfeld helfen. Transparenz und Kommunikation stehen im Vordergrund der Arbeitsweise eines örtlichen Elternbeirates für Kitas im Kreis.

Was für den Schulbereich bewährte Formen der Beteiligung sind, existiert im Kindertagesstättenbereich quasi nicht. Das, obwohl seit Juli 2015 der Landtag mit der Änderungen des Kita-Gesetzes den Weg dafür freigemacht hat.

Aus diesem Grunde stellte die Kreistagsfraktion im Juni 2017 den Antrag, dass alle Voraussetzungen für einen Elternbeirat für Kitas geschaffen werden. Dieser Antrag wurde einstimmig in den Jugendhilfeausschuss verwiesen, was ja durchaus Sinn macht, denn dieser Ausschuss ist ja ein Fachausschuss.

Folglich befasste sich der Jugendhilfeausschuss im September mit dieser Problematik. Man konnte schon spüren, dass die Verwaltung kein großes Interesse an diesem Thema hatte. Sie sah keinen Bedarf, außerdem sei es Sache der kommunalen Träger, hieß es dort. Sollten Eltern aber den Wunsch haben, so würden man sie dabei unterstützen.

Für den 21. November wurden alle Eltern über die Träger der Einrichtungen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Das klingt einfach, hatte aber seine Tücken. Nicht jeder Träger fördert solche Formen der Beteiligung. So kam es zu Verzögerungen bei der Bekanntgabe des Termins und einer Legitimierung der Eltern.

Ich persönlich hatte das Gefühl, als wolle man seitens der Verwaltung den Ball flach halten. So nach dem Motto: Keine schlafenden Hunde wecken. Selbst ich als Mitglied des Jugendhilfeausschusses musste erst mehrmals eine Einladung einfordern. Es sollte keine politische Veranstaltung sein, sondern nur eine Informationsveranstaltung, so wurde mir mitgeteilt. Geheimniskrämerei?! Kurios, selbst der Leiter des Jugendamtes kam zu spät, da er nicht gewusst hatte, dass die Veranstaltung in Fürstenwalde statt in Beeskow stattfand.

Herr Diskowski, der „Vater des Kita-Gesetzes“, erläuterte die Dreierbeziehung Eltern-Jugendamt-Träger, denn diese drei Seiten müssen im Einklang zum Wohle der Kin-

der wirken. Der Elternbeirat hat hier die Chance, Transparenz und Kommunikation zu schaffen. Er ist Ort des Erfahrungsaustausches der Eltern und somit ein wichtiges Beteiligungsgremium. Durch die Ausführungen von Herrn Begbie, Kreiselternsprecher der Schulen, wurde die Bedeutung noch unterstrichen. Er bot seine Hilfe an.

In einer offenen Runde berichteten die Eltern, warum sie an der Veranstaltung teilnehmen. In den meisten Fällen war es die Unzufriedenheit mit den Trägern der Einrichtungen, egal ob DRK, AWO oder ein kommunaler Träger. Und immer wieder spürte man Verzeiflung und auch Hilflosigkeit.

Diese Zusammenkunft, die zum Ausdruck brachte, dass man mit seinen Problemen nicht allein ist, gab den Anwesenden Kraft. Es wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die alle Formalitäten der Gründung des Beirates erarbeiten wird.

Ihnen hilfreich zur Seite stehen Herr Begbie und auch von Seiten des Jugendamtes Herr Sandke, Praxisberatung des Landkreises. Im Frühjahr soll dann der Kreis-Elternbeirat für Kindertagesstätten gegründet werden. So wollen die Eltern zum Wohle ihrer Kinder tätig sein. Das ist gelebte Demokratie.

„Wir können Kinder nicht erziehen, die machen uns doch eh alles nach.“ Dieses Zitat von Karl Valentin führte der Referent an. Wie wahr! Darum sollten wir respektvoll miteinander umgehen.



von **Jutta Bargenda**,
Fürstenwalde,
Mitglied im Jugend-
hilfeausschuss und
im Kreistag Oder-
Spree, Fraktion
DIE LINKE;
Mitglied im Sozial-
ausschuss und in der
Stadtverordneten-
versammlung Fürs-
tenwalde, Fraktion
DIE LINKE

MEINUNG

Nach der Absage der Kreisgebietsreform ...

... werden die Stadt Frankfurt (Oder) und der Landkreis Oder-Spree ihre Zusammenarbeit für das Wohl der Menschen am östlichen Rand Brandenburgs weiter zu entwickeln haben.

Das ist keine neue Erkenntnis. Als Reaktion auf Probleme bei der Entwicklung der Sparkasse in Frankfurt (Oder) haben sich die Sparkassen der Stadt Frankfurt (Oder) und des Landkreises Oder-Spree bereits zu Beginn der 2000er Jahre zusammengeschlossen. Das ging nur, weil der Kreistag und die Stadtverordnetenversammlung damals in Ausübung

der kommunalen Selbstverwaltung die notwendigen Beschlüsse fassten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie der damalige Vorstand der Sparkasse Oder-Spree positiv überrascht war, dass die Fraktion der PDS im Kreistag dieses Vorhaben von Anfang an unterstützte.

Mit den Jahren gab es für ein derartiges Herangehen eine ganze Reihe weiterer Beispiele. So jüngst die Errichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle und eines gemeinsamen Fachberatungsdienstes zur Migrationssozialarbeit, oder 2015 die Übernahme

der der Stadt Frankfurt (Oder) obliegenden Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Landwirtschaft durch den Landkreis Oder-Spree. Die entsprechenden Vereinbarungen hatten für beide Seiten greifbare Vorteile und machten die Arbeit in den so genannten Fragen effektiver.

Daran ist anzuknüpfen. Das Kernproblem wird dabei die Wahrung des Prinzips des gegenseitigen Vorteils bleiben. Das ist nicht einfach, denn die Kreisgebietsreform ist unter anderem daran gescheitert, dass ein erheblicher Teil der in den kreis-

freien Städten nach Bundesrecht anfallenden überdurchschnittlichen Soziallasten ohne dauerhaften Ausgleich auf die Landkreise übergehen sollte. Solange auf Bundesebene hier keine Änderung erfolgt, ist das Land Brandenburg in seiner Gesamtheit zu einem Ausgleich für die kreisfreien Städte gefordert, wenn die ihnen jetzt zugesagte Teilentscheidung eine dauerhafte Veränderung bringen soll. In diesem Rahmen wird sich dann auch der Landkreis Oder-Spree solidarisch zu zeigen haben.

Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag



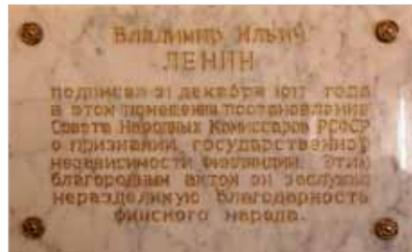
„Und das war im Oktober, ...“

(K)ein Reisebericht

Zum 100. Jubiläum der Oktoberrevolution war ich mit einer nd-Leserreise in Leningrad – heute wieder Sankt Petersburg. Und schon der Name macht die Schwierigkeiten des russischen Umgangs mit der eigenen Geschichte deutlich. Denn diese Stadt ist noch immer die Hauptstadt des Leningrader Gebiets. Dessen Einwohner hatten – anders als die Einwohner der Stadt – zu Beginn der 90er Jahre in einer Abstimmung die Wiederherstellung des alten Namens mehrheitlich abgelehnt.

Kaum heimgekehrt, fand ich im „neuen deutschland“ in der Wochenchronik eine scheinbar harmlose Notiz. Da hatte ich nur drei

Tage zuvor in Lenins erstem Arbeitszimmer im Smolny eine Gedenktafel fotografiert. Sie erinnert daran, dass W. I. Lenin in diesem



Gedenktafel zur Unabhängigkeit Finnlands

Raum am 31. Dezember 1917 den Beschluss des Rates der Volkskommissare der Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands unterzeichnete.



Die Prachttreppe im Winterpalast am 7. 11. 2017

klassenbewußte Proletariat und die ihrem Programm *treu* gebliebe-

nen Sozialdemokraten sind für das *Recht der Lostrennung* Finnlands wie aller anderen nicht vollberechtigten Völkerschaften von Rußland.“ Und weiter hieß es im selben Artikel: „Nicht durch Gewalt soll man die anderen Völker für einen Bund mit den Großrussen gewinnen, sondern nur durch ein wirklich freiwilliges, wirklich freies Übereinkommen, das ohne das Recht auf Lostrennung *unmöglich* ist.“ (Finnland und Russland, Lenin-Werke Bd. 24 Berlin 1959 S. 330, S. 332).

Ich war darauf bereits in den Wochen vor der Reise an die Stätten der Oktoberrevolution gestoßen. Gerade angesichts aktueller Auseinandersetzungen um die Selbstbestimmung der Völker auch innerhalb der „Europäischen Union“ braucht es für eine linke Position mehr als nur Emotionen. Und schließlich hatte ich eine andere Gedenktafel nicht vergessen. Sie steht auf dem Montjuïc, dem Hausberg von Barcelona, an dem Platz, wo Lluís Companys, in der Zeit der zweiten Spanischen Republik Präsident der Generalitat de Catalunya, am 15. Oktober 1940 von Franco-Schergen ermordet wurde. Zum 65. Jahrestag dieses Ereignisses war es der Generalitat immerhin möglich, dafür eine Gedenktafel anzubringen.

Wer sich heute als Linker in der Europäischen Union zu Fragen der nationalen Selbstbestimmung äußert, der sollte weder Lenin noch Lluís Companys vergessen.

Als unsere Reisegruppe den Smolny verließ, stellte sich mir noch eine ganz andere Frage. In der kurzen Zeit unseres Aufenthaltes in dem Gebäude waren wir einer ganzen Reihe von Besuchergruppen begegnet. An ihren Uniformen waren sie unschwer als Kursanten unterschiedlicher Offiziersschulen von bewaffneten Organen des Russischen Föderation zu erkennen.

Was mögen ihnen ihre Lehrer am 7. November 2017 in Lenins Arbeitsräumen erzählt haben? Immerhin ist es bemerkenswert, dass sie diese Orte in der vollen Pracht ihrer Uniformen an diesem Tage besuchten.

Der Besuch des „Museums für politische Geschichte Russlands“ führte zu einer deutlich weiterrei-



Lenin und Nikolaus II. im Winterpalast (Ermitage), dem Schauplatz der Oktoberrevolution

chenden Frage. Dieses Museum ist in einem Haus untergebracht, das der Zar für Mathilda Kschessinska ja hatte errichten lassen. Ein Kinofilm über diese Frau erregt in Russland gegenwärtig die Gemüter und der Museumsführerin war schon eine gewisse Enttäuschung anzumerken, dass uns das Schicksal dieser mit dem letzten Zaren liierten Dame so gar nicht interessierte.

Unser Interesse galt eben der Darstellung der politischen Geschichte Russlands in den letzten 100 Jahren.

Sie manifestierte sich unter anderem an den Garderobenmarken dieses Hauses. Auf meiner stand – dem aktuellen Stand entsprechend: „Museum der politischen Geschichte Russlands“. Andere Mitglieder der Reisegruppe

konnten auf der Ihren lesen: „Museum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

Der Aufbau der Ausstellung, die wir dann sahen, die Auswahl der Themen wie der Exponate brachte mindestens bei mir das Ergebnis hervor: Die hier dargestellte Geschichte dieses Landes macht es völlig unerklärlich, wie dieses Land zwei barbarische Kriege (einen von 1917 bis 1921 und den „Großen Vaterländischen Krieg“ von 1941 bis 1945) gewinnen konnte, denn vorgestellt wird eine Geschichte falscher politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen, von Misserfolgen und Katastrophen. Völlig unerklärt bleibt auch, wie dieses Land zur Weltmacht aufsteigen konnte und was zur Demontage dieser Position führte. Das alles sind dann ja wohl Fragen, die den Kern der politischen Geschichte dieses Landes in den letzten 100 Jahren ausmachen.

Nun ist es nicht so, dass es darauf in Russland keine Antworten gäbe. Sehr interessant für mich war eine Diskussion mit Doktoranden und Studenten des historischen Instituts der Petersburger Staatlichen Universität.

Wenn heute eine junge Frau ihre Untersuchungen zur Rolle der Studentenschaft ihres Instituts während der Revolution mit der Frage nach deren sozialer Herkunft beginnt, dann sind klügere Antworten zu erwarten, als bei abstrakten geistesgeschichtlichen Ansätzen. Und wenn ein Doktorand sich bei der Frage nach den weiteren Wirkungen der Oktoberrevolution und dem Scheitern der UdSSR mit dem Versagen „der Elite“ seines Landes – und das meint dann schon die KPdSU – auseinandersetzt, dann hat er meine Unterstützung auch all denen gegenüber, die von diesem Versagen ablenken und den äußeren Feind für eigenes Scheitern verantwortlich machen wollen.

Natürlich wollte dieser Feind – und es war nun einmal nicht nur ein nach irgendwelchen Regeln spielender „Gegner“ – der sozialistischen Revolution von Anfang an den Garaus machen. Das ist ihm in Bürger- und Interventionskriegen gegen ein nach bürgerlichen Maßstäben schwaches Land nicht gelungen. Es ist ihm auch in einem Krieg nicht gelungen, der in der Sowjetunion der „Große Vaterländische“ genannt wurde. Zu diesen Zeiten verfügte die Sowjetunion bei wei-

tem nicht über die Potenziale, die ihr bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts zuwachsen. So gesehen lässt sich die Niederlage eben nicht aus dem Feind erklären.

Selbstverständlich gehörte zu unserem Programm ein Besuch auf der „Aurora“. Ich kannte dieses Schiff von früheren Besuchen. Beindruckt hat mich deshalb vor allem die Schlange der Wartenden, die vor, mit und nach uns dieses Schiff zum 100. Jahrestag seines berühmten Kanonenschusses be-



Der Panzerkreuzer Aurora

suchen wollten. Immerhin hatte es um seinen Erhalt auch in Russland Streit gegeben. Und jetzt ist es nach einer gründlichen Instandsetzung als Nr. 1 in die Liste des Schiffsbestandes der russischen Flotte eingetragen.

Nach dem Besuch des – nach meinem Empfinden in der wissenschaftlichen Kreisklasse spielenden Museums zur politischen Geschichte – gab es natürlich auch einen Besuch bei der Weltklasse.

Die Eremitage, der Winterpalast, ist administrativ dem Präsidenten der Russischen Föderation zugeordnet. Und dieser Palast war schließlich der Schauplatz der Oktoberrevolution. Die an den Malachit-Saal (dem Sitzungsort der Provisorischen Regierung in jener Nacht) und die Prunktreppe grenzenden Räume sind in der gegenwärtigen Ausstellung diesem Ereignis gewidmet.

Und da ist es schon beeindruckend, wie der sich repräsentativ auf einem Prachtgemälde spreizende Zar Nikolaus II. vor dem die ganze Wand beherrschenden Lenin förmlich untergeht oder wie der die Ketten zerschlagende Prolet die Prachttreppe im Winterpalast beherrscht.

„Und das war im Oktober, ...“ sang der „Oktoberklub“ der DDR-Singebewegung in den 1960er Jahren mit Begeisterung. „Und das war im Oktober/Als das so war/In Petrograd in Russland/Im siebzehner Jahr! ...“ (Text: Peter Hacks, Musik: Rolf Kuhl)

Text und Fotos: Dr. Artur Pech, Schöneiche



Bildquelle: Aufkleber „100 Jahre Oktoberrevolution - Druschba!“, www.uzshop.de

von
Monika
Huschenbett,
Rüdersdorf

Gedenken 100 Jahre Oktoberrevolution



Seelower Höhen – Denkmal, von Lew Kerbel 1945 geschaffen
Foto: Gerhard Hoffmann

Am 7. November, anlässlich des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution, haben Mitglieder des Solidaritätsdienstes International e.V. (SODI) Eisenhüttenstadt, des Förderkreises Witebsk und der LINKEN eine Gruppe belorussischer Gäste aus Witebsk in Märkisch-Oderland empfangen.

In der Gedenkstätte „Seelower Höhen“ erinnerten sie gemeinsam an die gewaltigen Leistungen der sowjetischen Bürger zur Entwicklung ihres Landes sowie an die enormen Anstrengungen zur Niederschlagung des deutschen Faschismus durch die Rote Armee. Hagen Weinberg, Sprecher der SODI, zitierte u. a. den bekannten Text von Nikolai Ostrowski: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und er muss es so nützen, dass ihn sinnlos verbrachte Jahre nicht qualvoll gereuen, die Schande einer kleinlichen, inhaltslosen Vergangenheit ihn nicht bedrückt und dass er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten in der Welt – dem Kampf für die Befreiung der Menschheit – geweiht.“

Vertreter der belorussischen Gruppe zeigten sich erfreut darüber, dass die Oktoberrevolution auch in Deutschland nicht vergessen sei und dass historisch bedeutsame Jubiläum zusammen begangen werde.



In Letschin im Landhaus Treptow ließen es sich die Reisetilnehmer aus Deutschland und Belorussland das Mittagessen gut schmecken. Foto: Monika Huschenbett

von
Antje Berthold-
Riedel, Woltersdorf,
Foto Wolfgang Bert-
hold-Riedel

Es ist vollbracht

Obelisk auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Woltersdorf gereinigt



Beharrlich gelang es Engagierten der Fraktion DIE LINKE/GRÜNE in der Gemeindevertretung Woltersdorf, dass nunmehr der Obelisk auf dem Ehrenfriedhof am Thälmannplatz ein würdiges Aussehen erhalten hat.

Das unter Denkmalschutz des Landes stehende sowjetische Ehrenmal mit dem weithin sichtbaren vierkantigen, nach oben spitz zulaufenden Obelisk wurde am 20. September 2017 von einer Spezialfirma gereinigt.

Im November 2012 begannen die recht zahlreichen Aktivitäten, um die Hürden verwaltungsmäßiger Abläufe meistern zu können. Nunmehr ist jene Pflichtaufgabe, welche sich aus dem 2-plus-4-Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR von 1990 respektive auch aus dem

Beim Besuch der 2012 neu eröffneten Ausstellung der Gedenkstätte zeigten sich einige Teilnehmer allerdings der veränderten inhaltlichen Ausrichtung irritiert. Ich habe mit Bedauern festgestellt, dass die Ausstellung nur in deutscher und englischer Sprache gestaltet ist, eine russischsprachige Version leider fehlt. Dies halte ich an einem solchen Gedenkort für unabdingbar.

Ein weiterer Höhepunkt des Tages war der Besuch des Flugplatzes Neuhardenberg mit sehr interessanten individuellen Führungen im dortigen Museum durch zwei Angehörige der zu DDR-Zeiten auf dem Flugplatz Marxwalde stationierten Streitkräfte der NVA. Sie konnten sehr anschaulich und nachvollziehbar Details aus ihrem Dienst, aber auch zur Abwicklung des Flugplatzes nach der Wende im Jahre 1993 darstellen.

So machte eine Fahrt über das Flugplatzgelände die Dimensionen des im Jahre 2012 hier errichteten Solarparks deutlich. Mit 200 ha Fläche war dieser Solarpark seinerzeit der größte und leistungsstärkste Solarpark Deutschlands mit 145 MWp Gesamtleistung.

Bevor der Tag seinen würdigen Abschluss mit einem gemütlichen Beisammensein in Letschin fand, erfolgte noch ein kurzes Gedenken an die Rote Armee am Panzerdenkmal in Kienitz, dem im 2. Weltkrieg ersten von der Roten Armee befreiten Ort Deutschlands.

Abkommen BRD-Russland über Kriegsgräberfürsorge vom 16. Dezember 1992 ergibt, im Wesentlichen erfüllt.

Auf die Datenbank „Sowjetische Kriegsgräberstätten in Deutschland“ (www.sowjetische-memoriale.de) sei an dieser Stelle besonders hingewiesen.

Übrigens: Die Kosten übernahm die Russische Föderation für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit.

Lokal handeln, überregional gewinnen.

Brandenburger*innen engagieren sich in der BAG Kommunalpolitik

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kommunalpolitik der Partei DIE LINKE traf sich am 4. November 2017 in Berlin zur Mitgliederversammlung und zum Kommunalpolitischen Ratschlag. Rund 70 lokal- und regionalpolitisch Aktive aus dem gesamten Bundesgebiet waren dafür in die Hauptstadt gereist.

Sie wählten für die nächsten zwei Jahre einen neuen Bundessprecher*innenrat, dem mit Maritta Böttcher (Jüterbog/Teltow-Fläming) und Fritz Viertel (Schöneiche bei Berlin/Oder-Spree) gleich zwei Brandenburger*innen angehören. Tobias Bank (Wustermark/Havelland) mischt zudem als kommunalpolitischer Referent der Bundestagsfraktion tatkräftig in der BAG mit. Regional und fachlich breit aufgestellt ist der BAG-Rat mit Dagmar Zoschke, Gerald Grüner (beide Sachsen-Anhalt), Kerstin Kassner, Dieter Holtz (beide Mecklenburg-Vorpommern), Felicitas Weck (Niedersachsen), Angeli-

ka Traversin (Hamburg), Christian Stähle (Baden-Württemberg) und Dr. Michael Faber (NRW) als weiteren gewählten Sprecher*innen.

Beste Voraussetzung für bevorstehende Herausforderungen: Im Jahr 2019 stehen in elf Bundesländern Kommunalwahlen an. Die BAG möchte dazu beitragen, DIE LINKE dafür fit zu machen. Denn die Partei kann – das hat zuletzt die Bundestagswahl gezeigt – dort besonders gut abschneiden, wo sie lokal präsent ist. Dies gilt in West und Ost gleichermaßen. Ein bundesweiter Kommunalkongress im Jahr 2018 soll Angelpunkt der Vernetzung, Beratung und Qualifizierung bereits aktiver sowie künftiger linker Kommunalpolitiker*innen sein. Dabei kann an gute Erfahrungen ähnlicher Konferenzen in den letzten Jahren angeknüpft werden. Beim Kommunalpolitischen Ratschlag am Wochenende wurden mit Kinderarmut, Kommunalfinanzen und dem Zusammenwir-

ken linker Fraktionen mit linken Bürgermeisterinnen oder Landräten nur drei brennende Themen diskutiert.

„Die Kommunalpolitik ist das Herzstück unserer Partei!“ – Diesen Satz reklamierte Dietmar Bartsch als Gast des Ratschlages für sich. Dafür zu werben, diesen Leitspruch in der Bundespartei und den Landesverbänden stärker als bisher mit Leben zu erfüllen ist Aufgabe der BAG. So kandidierte Maritta Böttcher mit dem Ziel für den BAG-Sprecher*innenrat, wieder eine bundesweite Kontakt-datenbank mit möglichst allen haupt- und ehrenamtlichen linken Kommunalpolitiker*innen zu schaffen. Fritz Viertel möchte sich für eine bessere Vernetzung mit anderen BAG'en (z.B. der BAG Städtebau und Wohnungspolitik oder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik) einsetzen. Außerdem findet er, dass Lokalpolitik eine zentrale Rolle bei Programm- und Strategiediskussionen auf Bundes- und Landesebene spielen sollte. Lokal denken, global handeln und umgekehrt.

Weitere Informationen zur Kommunalpolitik der LINKEN im Internet

■ **Aktuelles aus den Kommunen**

Nachrichten, Berichte und Ideen für die eigene kommunalpolitische Arbeit.
www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/aktuelles-aus-den-kommunen/

■ **Kommunaldatenbank**

Beschlüsse kommunaler Gremien und Anträge und Initiativen von kommunalen Mandatsträgern der LINKEN in einer nach Schlagworten, Bundesländern und im Volltext durchsuchbaren Datenbank.
www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunaldatenbank/

■ **Kommunal-Newsletter**

Mit aktuellen Informationen zu verschiedenen kommunalpolitisch relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen.
www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunal-newsletter/



Bundessprecher*innenrat der BAG Kommunalpolitik (Fritz Viertel 2.v.r.), Foto: BAG Kommunalpolitik

NACHRICHT

BO Storkow wählte neuen Vorstand

Am 6. November wurde auf unserer Mitgliederversammlung planmäßig ein neuer Vorstand der Basisorganisation Storkow gewählt. Als Sprecher wurde Genosse Uwe Tippelt (4.v.l.) wiedergewählt. Weiterhin wurden die Genoss*innen Ute Ulrich (1.v.l., Stadtverordnete), Steffen Wolf (2.v.l., Stellvertreter und Mitgliederverantwortlicher), Christian Weber (5.v.l., Fi-

nanzen) und Manfred Wagner (3.v.l.) in den Vorstand gewählt.

Schwerpunkte unserer Arbeit werden u. a. die Erhöhung der politischen Wirksamkeit unserer Partei in Storkow, die Gewinnung von neuen Mitgliedern und die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019 sein.

Uwe Tippelt, Vorsitzender DIE LINKE Storkow, Foto: DIE LINKE Storkow



von
Alexander
Klotzovski,
Eisenhüttenstadt

Neumitglieder in Eisenhüttenstadts DIE LINKE

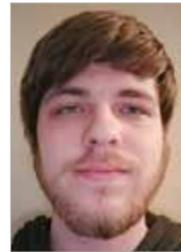
Die Bundestagswahl am 24. September 2017 war eine Verschiebung nach rechts und ein Rückschlag für uns. Es ist aber auch eine Chance – eine Chance, weil viele Menschen nicht mehr nur zuschauen



Yvonne Harscher,
50 Jahre,
Politesse beim
Ordnungsamt

wollen. Weil sie nicht wollen, dass Rechtspopulisten und -populisten die Gesellschaft dominieren.

Auch in Eisenhüttenstadt haben sich nach der Wahl drei Menschen dazu entschlossen, mitzureden



Marco Buley,
21 Jahre,
Auszubildender

und sich für unsere Gesellschaft mit einzubringen und sind in DIE LINKE eingetreten.

Unsere neuen Mitglieder möchten wir gerne kurz vorstellen.



Chris-Daniel Luda,
19 Jahre,
Auszubildender

Warum seid ihr der LINKEN beigetreten?

Yvonne: Ich war dermaßen schockiert und bin es auch noch, dass so viele meiner Mitmenschen, aus welchen Gründen auch immer, die AfD gewählt haben. Deswegen bin ich eingetreten.

Marco: Ich befinde mich zurzeit in der Ausbildung zum Erzieher. Zudem arbeite ich bereits seit drei

Jahren, größtenteils auf ehrenamtlicher Basis, im Hort der Diesterweg-Grundschule in Eisenhüttenstadt. Seit etwa einem Dreivierteljahr betätige ich mich zusätzlich ehrenamtlich in der Kita Haus Sonnenhügel. In dieser Zeit habe ich viel über die Abläufe in Schule, Hort und Kita lernen dürfen und möchte mich nun auf politischer Ebene für eine Verbesserung der Situation in diesen einsetzen. Auf Grund der Arbeit, die DIE LINKE in Eisenhüttenstadt in diesen Bereichen bereits vollbracht hat, möchte ich versuchen, weitere Verbesserungen in Zusammenarbeit mit der Partei zu erreichen.

Chris-Daniel: Ich möchte etwas verändern. Ich sehe täglich Menschen, welche für den Mindestlohn hart arbeiten müssen – von früh bis spät. Dabei haben sie kaum Zeit für ihre Familien. Andererseits sehe ich auch Menschen, die nicht arbeiten und Geld ohne Ende haben. Die Gesellschaft befindet sich vor einem Abgrund, überwältigt von der Flüchtlingssituation und tief gespalten durch Neid und Gier. Ich möchte diesen Abgrund umgehen, da wir Menschen alle gleich sind. Kein Mensch soll einen anderen beneiden müssen, kein Mensch soll mehr von Armut bedroht sein. Alle Menschen können für eine bessere Gesellschaft zusammenarbeiten.

Wie wollt ihr euch zukünftig in das politische Geschehen mit einbringen?

Yvonne: Das weiß ich noch nicht so genau. Erst mal brauche ich Informationen, welche Möglichkeiten es gibt, sich einzubringen.

Marco: Wie bereits erwähnt, möchte ich mich erst mal vorrangig auf kommunaler Ebene in die Politik einbringen. Dazu möchte ich mich im Jahr 2019 zur Kommunalwahl aufstellen lassen und gemeinsam mit der Partei verschiedene Konzepte zur Verbesserung der Situation in Schulen, Horten und Kitas entwickeln und umsetzen.

Chris-Daniel: Dadurch, dass ich noch neu bin, weiß ich noch nicht, wie ich mich einbringen kann oder bei Abstimmungen mitwirken darf. Ich werde aber mein Bestes geben, mich einzubringen und meine Ideen zu teilen.

Welche Themen interessieren euch besonders?

Yvonne: Meine Interessen liegen z.B. bei den Themen Erhöhung des Mindestlohns/Grundeinkommen für alle, Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen und Steuererhöhung für Reiche sowie Steuererhöhungen für die unteren Einkommensgruppen.

Marco: Auf Grund meiner bisherigen Erfahrungen liegt mein Fokus auf dem Bereich Soziales. Dazu gehören hauptsächlich die Bereiche Schule, Hort, Kita und Familie. Natürlich möchte ich mich auch in weiteren Bereichen einbringen. Dazu steht es aber erst mal im Vordergrund, mich auf politischer Ebene weiterzubilden, um wichtige Kenntnisse in weiteren Bereichen zu erlangen.

Chris-Daniel: Am meisten interessiert mich für das Thema Flüchtlingsintegration, das bedingungslose Grundeinkommen und die besseren Umsetzung des Schulsystems.

NACHRICHT

Gesamtmitgliederversammlung in Eisenhüttenstadt



v.l.: Heidi Wichmann (BO-Vorsitzende), Alexander Klotzovski, Jörg Mernitz, Christopher Voss, Foto: DIE LINKE

Am 11. November 2017 fand die Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN aus Eisenhüttenstadt statt. Dazu konnten wir unseren Kreisvorsitzenden Christopher Voss und Kreisgeschäftsführer Uwe Tippelt begrüßen. Christopher Voss berichtete über den aktuellen Stand nach dem vorzeitigen Ende der Kreisgebietsreform und wir werteten die Bundestags- und Bürgermeisterwahl aus. Eine konstruktive Diskussion über die Ergebnisse und unsere künftigen Vorhaben entwickelte sich daraus. Des Weiteren konnten wir drei neue Mitglieder in unserer Basisorganisation begrüßen, die sich zukünftig bei uns mit einbringen wollen. Zum Beginn der fünften Jahreszeit gab es natürlich Pfannkuchen.

Alexander Klotzovski,
stellv. Vorsitzender DIE LINKE Eisenhüttenstadt

Eine Schule für alle Kinder?

Schöneiche diskutiert über Perspektiven für eine weiterführende Schule

Für Schöneiche ist es ein Riesenerfolg: Erstmals wird die Gemeinde im Schulentwicklungsplan (SEP) des Landkreises als Standort für eine weiterführende Schule berücksichtigt genannt. Das wurde bislang stets verweigert. Es blieb bei den beiden bestehenden Grundschulen. Überparteiliches Ziehen am selben Strang hat der Gemeinde neue Spielräume eröffnet. Dass eine weiterführende Schule her soll, darüber können sich schnell alle einigen. Kontroverser geht es zu, wenn es nun konkreter wird. Wollen wir eine Schule für alle Kinder?

Bevölkerungs- und Schülerzahlprognosen

Damit der Landkreis Oder-Spree in Schöneiche tatsächlich eine weiterführende Schule errichtet, muss der Bedarf dafür (erneut) nachgewiesen werden. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde das Planungsbüro LPG GmbH damit beauftragt, einen neuen gemeindlichen Schulentwicklungsplan zu formulieren. Darin enthalten sind Prognosen für die Entwicklung der örtlichen Bevölkerung und der Schülerzahlen. Das Ergebnis in aller Kürze: Es sieht gut aus. Im günstigsten Fall wächst Schöneiche bis 2030 auf rund 13 400 Einwohner. Entsprechend soll auch die Zahl der SchülerInnen an den beiden Grundschulen von derzeit rund 650 auf etwa 820 ansteigen. Dort wird es also noch enger als bisher, Um- und Anbau wird nicht zu vermeiden sein.

Bedarfsanalyse für weiterführende Schule

Schließlich findet sich im Entwurf für den neuen SEP (Stand 6. Oktober 2017) die beabsichtigte Bedarfsanalyse für eine weiterführende Schule. Und hier wird es knifflig. Laut Planungsbüro wechselt jedes Jahr etwa die Hälfte der Kinder eines Jahrganges aus den Schöneicher Grundschulen auf ein Gymnasium. Hinzu kommen weitere 17 Prozent, die nach der 6. Klasse eine Gesamtschule oder Oberschule mit gymnasialer Oberstufe – also der Möglichkeit, dort nach 13 Jahren ein Abitur zu machen – besuchen. Der Rest, also etwa ein Drittel der Grundschul-

kinder, geht auf eine Schule ohne gymnasiale Oberstufe.

Wer kann auf ein Gymnasium gehen?

Welche weiterführende Schule gewählt werden kann, hängt nicht nur vom Wunsch des Kindes oder der Eltern ab. Für das Gymnasium gibt es strikte Zugangsvoraussetzungen. Am wichtigsten ist, wie gut die schulischen Leistungen am Ende der 6. oder in manchen Fällen bereits der 4. Klasse sind. Wer die Voraussetzungen nicht erfüllt kann höchstens dann auf einen Platz am Gymnasium hoffen, wenn dort sonst nicht genug Schüler zusammenkommen. Das ist in unserer Region praktisch nirgendwo der Fall. Im Gegenteil: Die Gymnasien in Erkner und Rüdersdorf werden auf Grund des großen Andranges vergrößert.

Ein Drittel bis die Hälfte der Schöneicher Kinder kann den Zahlen nach zu urteilen also aus rein formalen Gründen kein Gymnasium besuchen. Das ist grundsätzlich überhaupt kein Problem, denn es gibt auch Schulformen, die alle Kinder besuchen können. Insbesondere die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe. Dort gibt es keine leistungsbezogenen Aufnahmekriterien und für das Abitur sogar ein Jahr länger Zeit als an Gymnasien (nämlich 13 statt 12 Jahre).

Schule für alle Schöneicher Kinder?

Was hat das alles nun mit Schöneiche zu tun? Im Entwurf für den neuen SEP der Gemeinde wird in der Bedarfsanalyse für eine weiterführende Schule ausschließlich die Einrichtung eines Gymnasiums geprüft. Eine andere Schulform kommt darin nicht vor. Ein solches Gymnasium wäre aus den genannten Gründen allerdings keine Schule für alle Schöneicher Kinder. Im Gegenteil kommt hinzu: Deutschland ist eines der Industrieländer, in denen der Bildungserfolg eines Kindes am stärksten mit dem finanziellen und sozialen Hintergrund des Elternhauses verknüpft ist. Und das Gymnasium ist diejenige Schulform, die diesen Zusammenhang erst recht zementiert. Ein Gymnasium würde all jene Kinder

von vornherein ausschließen, die tendenziell geringere Chancen auf gute Bildung haben.

Am Ende entscheidet der Landkreis, welche Art von Schule in Schöneiche errichtet wird. Doch die Meinung und Empfehlung der Gemeinde wird dabei wohl nicht unerheblich sein. Im SEP nicht einmal eine Alternative zum Gymnasium zu prüfen hält DIE LINKE deshalb für eine vertane Chance. Denn eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, die modernen pädagogischen Standards genügt, kann jedem Kind ermöglichen, von der Einschulung bis zum Abitur in Schöneiche zur Schule zu gehen. Verbunden mit dem Konzept des längeren gemeinsamen Lernens in einer Gemeinschaftsschule bzw. einem Schulzentrum könnte für alle Schülerinnen ein stressfreies Aufwachsen im Heimatort ermöglicht werden. Das wird von der Landesregierung unterstützt.

Offene Diskussion statt Vorfestlegungen

Die Linksfraktion in der Gemeindevertretung möchte, dass diese Option im SEP wenigstens als Alternative aufgenommen und geprüft wird. Das ermöglicht eine offene Diskussion mit den Einwohnern und dem Landkreis, welche Art von Schule sich Schöneiche wünscht. Wir haben dazu einen Brief an den Bürgermeister und das Planungsbüro geschrieben. Bisher gibt es darauf keine Antwort. Wie es in der Schöneicher Schuldiskussion weitergeht, wird sich in den kommenden Wochen in der Gemeindevertretung zeigen.



von
Fritz R. Viertel,
Mitglied des Bildungs- und Sozialausschusses der Gemeindevertretung Schöneiche,
Foto: Andreas Winter





Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im
Dezember 2017/Januar 2018



3.12. Günter Großkopf	Erkner	87 J.
3.12. Erich Städter	Grunow-Dammendorf, OT Dammendorf	85 J.
5.12. Erhard Rauer	Eisenhüttenstadt	86 J.
6.12. Henry Shostag	Eisenhüttenstadt	89 J.
11.12. Wolfgang Richter	Neuzelle	80 J.
12.12. Günter Hofmann	Eisenhüttenstadt	83 J.
12.12. Hannelore Montag	Eisenhüttenstadt	89 J.
14.12. Waltraud Roller	Fürstenwalde	85 J.
16.12. Gabriele Krasert	Eisenhüttenstadt	65 J.
17.12. Johannes Fenske	Storkow	91 J.
18.12. Joachim Zillwich	Woltersdorf	55 J.
22.12. Dorothea Lindig	Bad Saarow	84 J.
22.12. Christine Uhlig	Eisenhüttenstadt	86 J.
24.12. Christa Blaschies	Fürstenwalde	90 J.
24.12. Rainer Gollhardt	Neuzelle, OT Bomsdorf	55 J.
25.12. Prof. Dr. Hans Stürz	Erkner	84 J.
27.12. Christa Frank	Fürstenwalde	83 J.
29.12. Helmut Scheidewig	Eisenhüttenstadt	87 J.
29.12. Günter Schulz	Eisenhüttenstadt	83 J.
30.12. Dr. Günther Sarge	Grünheide, OT Finkenstein	87 J.

2.1. Kurt Herlitschka	Beeskow	88 J.
3.1. Gertrud Zucker	Bad Saarow	82 J.
4.1. Elisabeth Schaumann	Bad Saarow	88 J.
7.1. Edeltraut Lorenz	Woltersdorf	86 J.
8.1. Birgit Matthies	Fürstenwalde	50 J.
11.1. Peter Gutte	Schöneiche	83 J.
14.1. Martin Gollmer	Fürstenwalde	87 J.
14.1. Irmgard Hensel	Eisenhüttenstadt	83 J.
15.1. Wolfgang Buhe	Bad Saarow	80 J.
16.1. Georg Sauer	Bad Saarow	86 J.
17.1. Dietrich Böhm	Woltersdorf	83 J.
17.1. Friedrich Hrdina	Bad Saarow	82 J.
17.1. Margot Wesch	Woltersdorf	84 J.
20.1. Ruth Böhnke	Fürstenwalde	94 J.
21.1. Irene Friedrich	Eisenhüttenstadt	87 J.
23.1. Eva Böhm	Woltersdorf	80 J.
23.1. Ursula Heinrich	Fürstenwalde	81 J.
23.1. Patrick Widera	Eisenhüttenstadt	35 J.
24.1. Christa Trätner	Storkow	80 J.
27.1. Konrad Hannemann	Eisenhüttenstadt	85 J.
28.1. Peter Martin Mattigk	Fürstenwalde	18 J.
30.1. Gerhard Hielscher	Bad Saarow	89 J.
30.1. Johanna Karras	Fürstenwalde	70 J.
30.1. Klaus Rahne	Schöneiche	84 J.
30.1. Marlene Wegner	Woltersdorf	85 J.
31.1. Hans Lembke	Bad Saarow	94 J.

Veranstaltungstermine der LINKEN

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree
Öffentl. Fraktionsitzung: 13.12., 23.1., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Dezember 2017/Januar 2018

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 2.1., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 9.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 11.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 11.1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 16.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 17.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenstr. 1 Schützenhaus Beeskow
- Jugendhilfeausschuss 18.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 22.1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 24.1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

6.12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium
14.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstr. 15 • 15517 Fürstenwalde • Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr, Do. 10–12 Uhr,
und nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow • Telefon (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt • Telefon (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Termin

- Luxemburg-Liebkecht-Ehrung
14. Januar 2018, ab 9 Uhr
Berlin, Gudrunstraße, Zentralfriedhof Friedrichsfelde (Gedenkstätte der Sozialisten)

Wir wissen, Du wirst ein Verbrechen begehen. Du weißt es nur noch nicht.

Willkommen in Deinem „Minority Report“

Interview mit Volkmar Schöneburg zur Filmvorführung „Pre-Crime“

Worum geht es im Film *Pre-Crime*?
Im Grunde kann man sagen, dass dieser Film der Frage nachgeht, inwieweit der US-amerikanische Science-Fiction-Thriller *Minority Report* aus dem Jahr 2002 schon Wirklichkeit geworden ist. Während in *Minority Report* von Regisseur Steven Spielberg sogenannte Precogs, genetisch veränderte Menschen, die Gedanken der Gesellschaft überwachen und damit Morde vorhersehen, sind es im Film *Pre-Crime* Algorithmen und Big Data, die Prognosen über menschliches Verhalten möglich machen sollen. Konkret geht es in *Pre-Crime* darum, wie wahrscheinlich es aufgrund der Auswertung verschiedener Daten ist, dass eine Person ein Verbrechen begeht.

Was sind das für Daten und woher stammen sie?

Das können zum Beispiel verschiedene Seiten sein, die wir im Internet anklicken oder Inhalte, die wir auf Sozialen Netzwerken wie Facebook teilen. Aber auch Routen, die wir mit dem Auto fahren oder ganz klassisch Videokamera-Auswertungen an zentralen Orten. Die Regisseure Monika Hielscher und Matthias Heeder fuhren nach Chicago, London oder München, um herauszufinden, wie genau diese Daten miteinander verknüpft und ausgewertet werden. Mit Predictives Policing wird an Polizeicomputern entschieden, ob wir gefährlich sind. Big Data dient dabei als Quelle, die wir selbst kontinuierlich mit persönlichen Informationen befüllen.

Was halten Sie als ehemaliger Justizminister des Landes Brandenburg von der Vorverlagerung der Verbrechensbekämpfung?

Es läuft mir kalt den Rücken runter. Denn es ist erschreckend zu sehen, wie einst utopische Kontrollszenarien Wirklichkeit werden. Wenn es um die Vorhersage menschlichen Verhaltens in der Zukunft geht, können und dürfen wir uns nicht auf das Urteil von Computern und Algorithmen verlassen. Predictive Policing und algorithmus-gestützte Polizeiarbeit enden nicht selten in Racial Profiling und

damit fataler Ungerechtigkeit. Die gewonnenen Daten sind unvollständig, oftmals für mehrere Personen zutreffend und wenig aussagefähig. Das beleuchtet der Film auch sehr gut. Denn es kommen Opfer des Predictive Policing zu Wort, die berichten, wie sie von der Polizei kontrolliert werden, nur weil sie beispielsweise Freunde haben, die Opfer oder Täter eines Verbrechens wurden. Damit einher gehen Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozesse, die die Betroffenen nicht selten erst in die Kriminalität treiben.

Aber der Haupteinwand ist: Mit diesen Programmen werden zugleich die sozialen Ursachen der Kriminalität ausgeblendet.

Ist die Darstellung der Materie in dem Film gut wiedergegeben?

Die Regisseure des Dokumentarfilms gehen der brennenden Frage nach, wie viel Freiheit wir für vermeintliche Sicherheit aufgeben wollen und was wir dafür an Opfern in Kauf nehmen. Denkt man nämlich den Ansatz des Predictive Policing

konsequent weiter, würden zukünftig Menschen, die keine Straftaten begangen haben, aber als gefährlich gelten, inhaftiert. Die Nazis haben so etwas übrigens praktiziert und nannten es vorbeugende Verbrechensbekämpfung.

Wie wichtig das Thema in der Zukunft ist, zeigt auch, dass *Pre-Crime* für den Schulunterricht und Schulkinovorstellungen empfohlen wurde. Die junge Generation ist mit dem Thema Verbrechensvorverlagerung und Big Data noch mehr konfrontiert.

Der Film macht nachdenklich, hinterfragt und erklärt. Nur wenn wir verstehen, was mit den Spuren und Daten möglich ist, die wir im Internet hinterlassen, sind wir in der Lage, einen kritischen Umgang damit zu finden. Zudem müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass es jemals absolute Sicherheit vor Verbrechen geben wird. Und nach wie vor gilt: Die Kriminalität hat zuvorderst gesellschaftliche Ursachen. Deshalb ist die beste Kriminalpolitik immer noch eine gute Sozialpolitik!

Big Data:

Große, komplexe und sich schnell vergrößernde Datenmenge, die mit Hilfe von Computern auf Korrelationen untersucht werden kann, um Strukturen und Zusammenhänge festzustellen. Im deutschen Sprachgebrauch wird auch der Begriff Massendaten verwendet. (Tendenz 2.17, S. 10)

Algorithmus:

Eindeutige Handlungsvorschrift zur Lösung eines Problems, die so exakt formuliert ist, dass sie von Maschinen nach einem standardisierten Muster abgearbeitet werden kann. Ziel ist ein in Computer-Codes programmiertes, beliebig multiplizierbares Handeln, basierend auf den Vorgaben seiner Schöpfer. (Tendenz 2.17, S. 13)

Predictive Analytics

Bereich der Datenanalyse (Data Mining), der sich mit der Vorhersage von Ereignissen oder von wahrscheinlichem menschlichen Verhalten auseinandersetzt. Zu diesem Zweck werden Daten gesammelt, die anhand statistischer Modelle in Prognosen umgewandelt werden. (Tendenz 2.17, S. 14)

Quelle:

Tendenz 2.17. Das Magazin der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien. www.blm.de

Dr. Volkmar Schöneburg und die Rosa-Luxemburg-Stiftung laden ein:

Film ab für

Pre-Crime

Mittwoch
24. Januar 2018
19 Uhr
Kino Movieland Erkner
Friedrichstraße 58

Im Anschluss Diskussion mit dem Regisseur Matthias Heeder und dem Landtagsabgeordneten Dr. Volkmar Schöneburg

– Eintritt frei –

KINO MOVIELAND ERKNER

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BRANDENBURG

Für Mehrheiten kämpfen – für die Stadt Fürstenwalde vieles und gutes schaffen

Interview mit Hans-Ulrich Hengst – der Fürstenwalder Bürgermeister kandidiert zur Neuwahl



Hans-Ulrich Hengst
Foto: DIE LINKE

1. Sie bewerben sich um eine zweite Amtszeit als Bürgermeister von Fürstenwalde. Zuvor haben Sie 16 Jahre als 1. Beigeordneter und Kämmerer in der Stadt gewirkt. Wissen Sie noch was Sie nach Fürstenwalde verschlagen hat und vielleicht auch was zum Verwurzeln beigetragen hat?

Über 23 Jahre Mitverantwortung für unsere Stadt haben nicht nur das äußere Erscheinungsbild der Stadt sondern natürlich auch den Menschen

Hans-Ulrich Hengst geprägt. Es waren schöne Jahre mit vielen Höhen und einigen Tiefen. Ich kann sagen, dass ich mit dieser Stadt so eng verbunden bin wie mit keiner zweiten. Vieles, wie die Wiederbelebung der Innenstadt und die Umwandlung ehemals militärisch genutzter Flächen in Gewerbe- und Wohngebiete, konnte umgesetzt werden, aber es stehen auch noch große Aufgaben bevor. Aktuell stehen sicherlich die Gründung einer Fachschule in der ehemaligen Aufbauschule und die Wiederbelebung des Jagdschlusses heraus. Aber auch die Sanierung, Erweiterung und der Neubau von Bildungseinrichtungen, Sportanlagen und Infrastruktur sind eine große Herausforderung. Ich möchte meine Erfahrung und Kompetenz weiter einbringen, um zum Gelingen der für die Stadt so wichtigen Projekte beizutragen.

In die Stadt Fürstenwalde bin ich 1994 über Umwege gelangt. Bereits seit Ende 1989 habe ich im Zusammenhang mit der Anbahnung von Städtepartnerschaften meiner Geburtsstadt die Städte Heiligenstadt im Eichsfeld und Templin in der Uckermark kennengelernt. Insbesondere in die Perle der Uckermark habe ich mich schnell verliebt und beim Aufbau der Kommunalverwaltung mitgewirkt. Diese Tätigkeit hat sich herum gesprochen und

so erhielt ich 1992 vom Studieninstitut Brandenburg das Angebot einer nebenberuflichen Dozententätigkeit. Ich habe das Angebot angenommen und bis 1996 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen in den Bereichen öffentliches Finanzwesen, kommunales Steuerrecht und Kosten-Leistungsrechnung unterrichtet. Diese Tätigkeit war natürlich sehr theoretisch und so kam mir die Ausschreibung der Stadt Fürstenwalde sehr entgegen, die 1994 einen Finanzdezernenten, Kämmerer und 1. Beigeordneten suchte. Nach einem ausführlichen Gespräch mit dem damaligen Bürgermeister Manfred Reim habe ich mich beworben und die Stadtverordnetenversammlung von meinem Wunsch überzeugt.

In Fürstenwalde habe ich mich mit meiner Familie schnell heimisch gefühlt. Der Menschen-schlag kam mir als Ostwestfale sehr entgegen und so fand ich viele neue Freunde. Natürlich hat auch die Aufgabe gereizt. Die Möglichkeit, die Stadt mitgestalten zu können, war und ist sehr verlockend. Dies hat auch dazu geführt, dass ich mehrere Anfragen aus meiner Geburtsstadt, dort Verantwortung als Bürgermeister zu übernehmen, abgelehnt habe.

2. Wie war es für Sie als Neubürger damals. Wie glauben Sie, erleben es die Geflüchteten in der Stadt? Was machen Sie, um sie zum heimisch werden einzuladen?

Bei aller Offenheit und Freude gab es natürlich auch Anpassungsschwierigkeiten. Diese betrafen jedoch in erster Linie meine Familie, denn ich war jeden Tag zehn bis zwölf Stunden mit der Arbeit verbunden. Wohnung, Sportvereine, Schule und kulturelles Leben sind nur einige Stichworte dabei, in denen wir uns neu orientieren mussten. Im Gegensatz zu den Geflüchteten sprachen wir jedoch eine gemeinsame Sprache, hatten eine gemeinsame Geschichte und ähnliche Wertvorstellungen, so war das Eingewöhnen natürlich viel leichter und deshalb maße ich mir auch

nicht an, beurteilen zu können, wie es den Menschen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, ergeht. Aber ich weiß, dass sie alle nicht freiwillig ihr Land verlassen haben und dass es unsere Menschlichkeit erfordert, sie aufzunehmen und sie zu begleiten. Zur Aufnahme gehört nicht nur ein Dach über dem Kopf, dazu gehört auch, sie auf eine Integration durch Sprache, durch Bildung und durch Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben sowie der Arbeitswelt vorzubereiten. Um dies zu organisieren, hat die Stadt seit über einem Jahr eine Integrationsbeauftragte, die die angesprochenen Maßnahmen koordiniert. Ich bin übrigens davon überzeugt, dass die Hilfe, die wir heute geben, früher oder später zurückkommen wird. Entweder die Menschen nehmen ihre gemachten Erfahrungen mit in ihr Heimatland und erleichtern uns die Mithilfe beim Entwickeln ihrer Heimat oder sie bleiben und werden wichtige Stützen unserer Arbeits- und Berufswelt.

3. Vor einer Wahl gehört es dazu Bilanz zu ziehen. Hand aufs Herz, was hat geklappt, und was nicht? Oder auch anders gefragt, was hat Fürstenwalde unter Ihrer Führung gewonnen?

Herausragend ist sicherlich die Wiedergewinnung des Stadtzentrums mit seinen kulturellen aber auch wirtschaftlichen Einrichtungen. Rathaus-Center, Fürstengalerie und Töpfergraben sind wichtige und gute Meilensteine gewesen. Auch auf die Ansiedlung neuer und den Erhalt bestehender Gewerbebetriebe können wir mit Stolz zurückblicken. Wer hätte 1996 gedacht, dass aus der Oder-Spree-Energieversorger (OSE) mit der E.DIS AG ein großer Regionalversorger mit Sitz in Fürstenwalde entsteht oder das Reifenwerk heute mit über 1000 Mitarbeitern 12000 Reifen pro Tag fertigt. Eine Erfolgsstory ist sicherlich die Entwicklung von SIAB über NCC bis zur heutigen BONAVA. Nach Bezug der neuen Büroräume werden über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den größten Wohnungsbauprodu-

zenten Deutschlands in Fürstenwalde tätig sein, über 850 bundesweit. Diese Erfolge sind Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung und Erweiterung unserer Infrastruktur in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales. Erfreut nehme ich auch zur Kenntnis, dass sich die städtischen Unternehmen unter meiner Führung als Aufsichtsratsvorsitzender oder Geschäftsführer gut entwickelt haben und mittlerweile schwarze Zahlen schreiben. Dies führt insbesondere bei der Wohnungswirtschaft GmbH und der GIP GmbH zu Handlungsspielräumen, die noch vor Jahren undenkbar waren.

Tiefpunkte in den vergangenen zwei Jahrzehnten waren sicherlich der Verlust der Wärmeversorgung GmbH und damit langfristig auch der Biogasanlage und des Holzhackschnittheizkraftwerkes, die Fehleinschätzungen zur Wirtschaftlichkeit vom Bürgerhaus Fürstenwalder Hof und dem Haus Am Spreebogen sowie im Jahre 2007 die versuchte Zinsminimierung von Darlehen unter Einbeziehung des Schweizer Franken. Der dadurch entstandene Schaden von 7,8 Millionen Euro wird zwar kompensiert durch die lange Niedrigzinsphase, aber davon hätte man natürlich auch so partizipieren können

4. Sie werden auch von der LINKEN in ihrer Wiederwahl unterstützt. Was verbindet Sie – als Parteilosser und dann noch aus dem Westen gekommen – mit dieser Partei, ihren Wählern und Mitgliedern?

Zugegeben – historisch hatte ich keine Verbindung zu der Partei DIE LINKE, aber seit meiner Tätigkeit in Fürstenwalde habe ich die handelnden Personen und damit die Partei immer als gut informiert und sachlich kennen und schätzen gelernt. Die Partei tritt für die Interessen einer Bevölkerungsgruppe ein, die ich – aus einem Arbeiterhaushalt stammend – gut nachvollziehen kann. Die individuelle Hilfe und damit die Möglichkeit der Teilhabe aller Bevölkerungsschichten am kulturellen und sozialen Leben in der Stadt stehen im Vordergrund. Die nicht Mitnahme der benachteiligten Gruppen, birgt einen hohen Sprengsatz und führt an der Urne zur Stärkung extremer Gruppierung, die für das Gemeinwesen schädlich sind. Insofern gibt es zwei gute Gründe sich sozial zu engagieren – die Mitmensch-

lichkeit und die Sicherung des eigenen Lebensstandards. Deshalb bin ich dankbar, dass es die Partei DIE LINKE gibt und Menschen, die sich in ihr engagieren, sowie Wähler, die sie in ihrer Arbeit unterstützen.

5. Was motiviert Sie nochmal anzutreten? Sie könnten ja auch in Rente gehen ...

Ich könnte – aber ich will nicht. Ich fühle mich noch fit und bin gesund und möchte daher, wie bereits erwähnt, meinen Beitrag für die weitere Entwicklung der Stadt leisten. Vieles habe ich bereits genannt, zusätzlich ist es vordringliche Aufgabe, die jüngeren Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder langfristig an die Stadt zu binden. Dies geht besonders gut, in dem sie hier Eigentum schaffen oder guten bezahlbaren Wohnraum anmieten können. Deshalb ist die Ausweisung neuer Baugebiete mit den unterschiedlichsten Wohnformen eine Herzensangelegenheit von mir. Als Geschäftsführer der GIP GmbH habe ich hierfür durch den Ankauf zahlreicher Flächen in der Spreevorstadt und an der Uferstraße mit die Saat gelegt, und ich möchte sehen, wie diese Saat aufgeht und Früchte trägt.

Nach so vielen Jahren als 1. Beigeordneter und Bürgermeister fühle ich aber auch eine Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt. Mitte nächsten Jahres wird der 1. Beigeordnete in den wohlverdienten Ruhestand gehen und zwei von drei Fachbereichsleiterstellen sind aus widrigen Umständen nicht besetzt. Da ist es schwer, als Quereinsteiger Kurs zu halten. Auch deshalb stelle ich mich der Verantwortung und werbe um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.

6. Ein Blick in die Glaskugel ... Am Ende ihrer 2. Amtszeit. Wie sieht Fürstenwalde dann aus?

2026 ist Fürstenwalde fast schuldenfrei, die Fach(hoch)schule hat sich etabliert und das Jagdschloss mit Umfeld ist zu einer Top-Adresse geworden. Kitas und Schulen präsentieren sich im historischen Gewand – inhaltlich aber modern und weltoffen. Aus dem Sportentwicklungskonzept sind die dringlichsten Maßnahmen realisiert und das Wichtigste, die Stadt hat bei all den baulichen Maßnahmen die Menschen nicht vergessen



Altes Rathaus,
Foto: DIE LINKE

und stellt jedes Jahr weiterhin ausreichend Mittel zur Verfügung, um das soziale Engagement aller Akteure auf hohem Niveau zu sichern. Außerdem hat die Entwicklung auch zu einem konstruktiven Miteinander aller politischen Parteien geführt, so dass die Teilnahme an den Sitzungen der städtischen Gremien nicht mehr als Last, sondern als Freude empfunden wird.

7. Was möchten Sie zum Schluss unseren Leserinnen und Lesern noch mit auf den Weg geben?

Werte Leserinnen und Leser, Sie werden nach diesen Zeilen vielleicht sagen: Na ja, es ist Wahlkampf und da wird viel versprochen. Sie haben Recht! Denn zur Umsetzung bedarf es auch Ihrer Hilfe. Deshalb bitte ich Sie, gehen Sie am 25. Februar 2018 zur Wahl und geben Sie mir Ihr Vertrauen! Damit ist zwar noch nichts erreicht, aber wenn Sie in der Folgezeit auch weiter mit mir gemeinsam für Mehrheiten kämpfen, dann können wir vieles und gutes für die Stadt Fürstenwalde schaffen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Adventszeit, ein geruhiges Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2018. Ich hoffe, wir sehen uns.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Hengst

Gemeinsam mit Bürgermeister Hans-Ulrich Hengst Fürstenwalde gestalten: sozial gerecht, vielfältig und enkeltauglich!

Am 25. Februar 2018 wählt Fürstenwalde seinen nächsten Bürgermeister. DIE LINKE. Fürstenwalde unterstützt dabei den parteilosen Amtsinhaber, Hans-Ulrich Hengst, und möchte mit ihm in seiner 2. Amtszeit Fürstenwalde weiter aktiv gestalten.

Gemeinsam Fürstenwalde entwickeln!

Fürstenwalde hat sich gut entwickelt. Fürstenwalde ist attraktiv für Zuzug und Ansiedlung. Fürstenwalde hat Zukunft, diese muss genutzt werden.

Dabei ist uns die Entwicklung neuer attraktiver Wohnquartiere für die weitere Amtszeit wichtig.

Wohnquartiere, die innerhalb des heutigen Stadtraumes entstehen und gut durchmischt eine Vielfalt von Wohnangeboten aufweisen. Wir brauchen bezahlbaren Mietwohnungsbau ebenso wie höher- und hochwertigen Wohnraum in den entstehenden Wohnquartieren, wie in der Ketschendorfer Feldmark, der Spreevorstadt und der Baumwolle. Wir stehen für nachhaltiges und innovatives Bauen und Umbauen – so zum Beispiel in Fürstenwalde (Nord), wo wir die Wohn- und Aufenthaltsqualität in den Plattenbausiedlungen deutlich erhöhen und die Bahnhofsvorstadt und das Bahnhofsumfeld zu attraktiven Wohnlagen entwickeln werden. Der Bahnhof wird zur Drehscheibe in der Stadt, heißt Willkommen und sorgt für die nötige Bewegung.

Zum guten Leben gehört auch gute Arbeit. Fürstenwalde ist ein starker Wirtschaftsstandort in der Metropolenregion mit Anschluss an den künftigen Flughafen BER sowie an der europäischen Bahntrasse Paris – Berlin – Moskau und der Bundesautobahn A 12 gelegen. Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen sind die Pflege und der Erhalt der heutigen Unternehmen und Dienstleister mit ihren Arbeitsplätzen eine wichtige Chefaufgabe für den Bürgermeister. Standortvorteile wollen wir für Fürstenwalde als starke Wirtschaftskommune in einer wachsenden Region nutzen.

Gemeinsam stark in einer Region!

Fürstenwalde will und wird nicht auf Kosten der Umlandgemeinden wachsen. Unsere Entwicklung ist auch immer eine Entwicklung der Region. Deshalb werden wir interkommunale Kooperationen, wie die @see-Region, fördern und verstärken. Wir entwickeln die Wirtschafts- und Tourismusregion ebenso wie die Bildungsregion, in der Fürstenwalde ein attraktiver Bildungsstandort im Herzen

ist. Wir gehen voran und nehmen unsere Nachbarn mit!

Gemeinsam und gut (aus-)gebildet!

Fürstenwalde wird mit dem Bürgermeister Hans-Ulrich Hengst als Bildungsstadt deutlich an Profil gewinnen. Weitere Kita- und Hortplätze werden entstehen. Mit dem gemeinsamen Schulzentrum von Grund- und Oberschule gehen wir nicht nur moderne Bildungswege hin zur Gemeinschaftsschule sondern schaffen dringend gebrauchte Grundschulplätze in Fürstenwalde (Süd). Die dann ehemalige Spreeoberschule wird zu einem 2. Standort der Gossmann – Grundschule, die so dringend benötigte Fach- und Klassenräume erhält. In Fürstenwalde (Nord) entsteht mit Jähn- und Gagarin-Schule, Nordclub und der Großen Freizeit ein Bildungscampus, der schulische und außerschulische Bildung verzahnt und stärkt und mit begleitendem Quartiersmanagement ein kultureller und sozialer Anker im Stadtgebiet wird. Im Um- und Neubau der Fontane-Grundschule zeigen wir das neue Lernen auch in ehrwürdigen und alten Gebäuden möglich ist.

Der künftige Akademiecampus bereichert Fürstenwaldes Bildungsangebot für junge Erwachsene. Man kann bei uns Abitur und Fachschulreife erlangen, eine gute Berufsausbildung in den Unternehmen der Stadt und im Oberstufenzentrum und der Rahn-Fachschule erhalten und künftig auch an der Fachschule für Gastronomie, Tourismus und Gesundheit studieren.

Wir investieren in die Zukunft unserer Stadt und Region durch Investitionen in die Bildung unsrer Kinder und Enkel!

Gemeinsam enkeltauglich!

In der neuen Amtszeit des Bürgermeisters wird Fürstenwalde enkeltauglich umgestaltet. Dazu gehört der Dreiklang von nachhaltigen Investitionen, wachsender Einnahmenentwicklung und consequentem Kreditabbau in der Haushaltspolitik der Stadt. Wir stellen uns gegen Finanzspekulation mit dem Geld der Bürger und werden einzig rentierliche Kreditaufnahmen befürworten. Wir leben und wirtschaften nicht auf Kosten sondern auf

Gewinn für die Enkelgeneration. Dazu gehört auch die Energie- und Mobilitätswende für Fürstenwalde, die uns im Einzelnen mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen muss. Der Energieverbrauch gehört deutlich reduziert, die lokale Nutzung der in Fürstenwalde vielfach erzeugten erneuerbaren Energien erhöht und der Individualverkehr nachhaltig umgebaut. Fürstenwalde wird einen attraktiven und bedarfsgerechten Busverkehr in der Stadt und für die Umlandgemeinden mit dem Landkreis realisieren. Wir investieren in ein barrierefreies Rad- und Fußwegenetz der Stadt, auch um die Teilhabe aller am städtischen Leben zu sichern!

Gemeinsam sind wir Fürstenwalde!

Wir Bürgerinnen und Bürger sind die Stadt. Wir sichern ihre Innovation und Kreativität. Wir stehen für ein lebens- und liebenswertes Fürstenwalde. Ein Fürstenwalde, das immer Heimat für alte und neue Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder ist und wird.

Eine an Vielfalt reiche Vereinslandschaft gehört hier ebenso dazu wie Fürstenwaldes Kultur- und Sportleben. Die Sportstätten der Stadt werden bedarfsgerecht ausgebaut und saniert, neue wie das Ruderzentrum werden entstehen. Die Kulturfabrik, aber auch soziokulturelle Zentren wie der Parkclub und die Angebote auf der Freilichtbühne werden gefördert. Mit einem Haus der Vereine und einem Bandprobenhaus werden wir die Angebote weiter stärken und entwickeln.

Wir fördern die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und entwickeln die Einwohnerinnen- und Einwohnerbeteiligung weiter. Dazu gehören auch die Chancen der Digitalisierung für alle zu nutzen. Im täglichen Verwaltungshandeln ebenso wie im Service und der Vernetzung im Interesse einer für alle funktionierenden ganzheitlichen Infrastruktur der Stadt.

In der aktuellen Amtszeit haben wir LINKEN viel dazu beigetragen, die Weichen für eine gute Zukunft unserer Stadt zu legen. Der Zug hat Fahrt aufgenommen. Die Stadt entwickelt sich mit Plan: sozial gerecht, in Vielfalt und enkeltauglich.

Jetzt die Richtung zu wechseln ist ein Fehler. Deshalb ruft DIE LINKE. Fürstenwalde die Bürgerinnen und Bürger auf, am 25. Februar 2018 Hans-Ulrich Hengst als Bürgermeister unserer Stadt wieder zu wählen!